MAY 27 1931

Saar-Freund

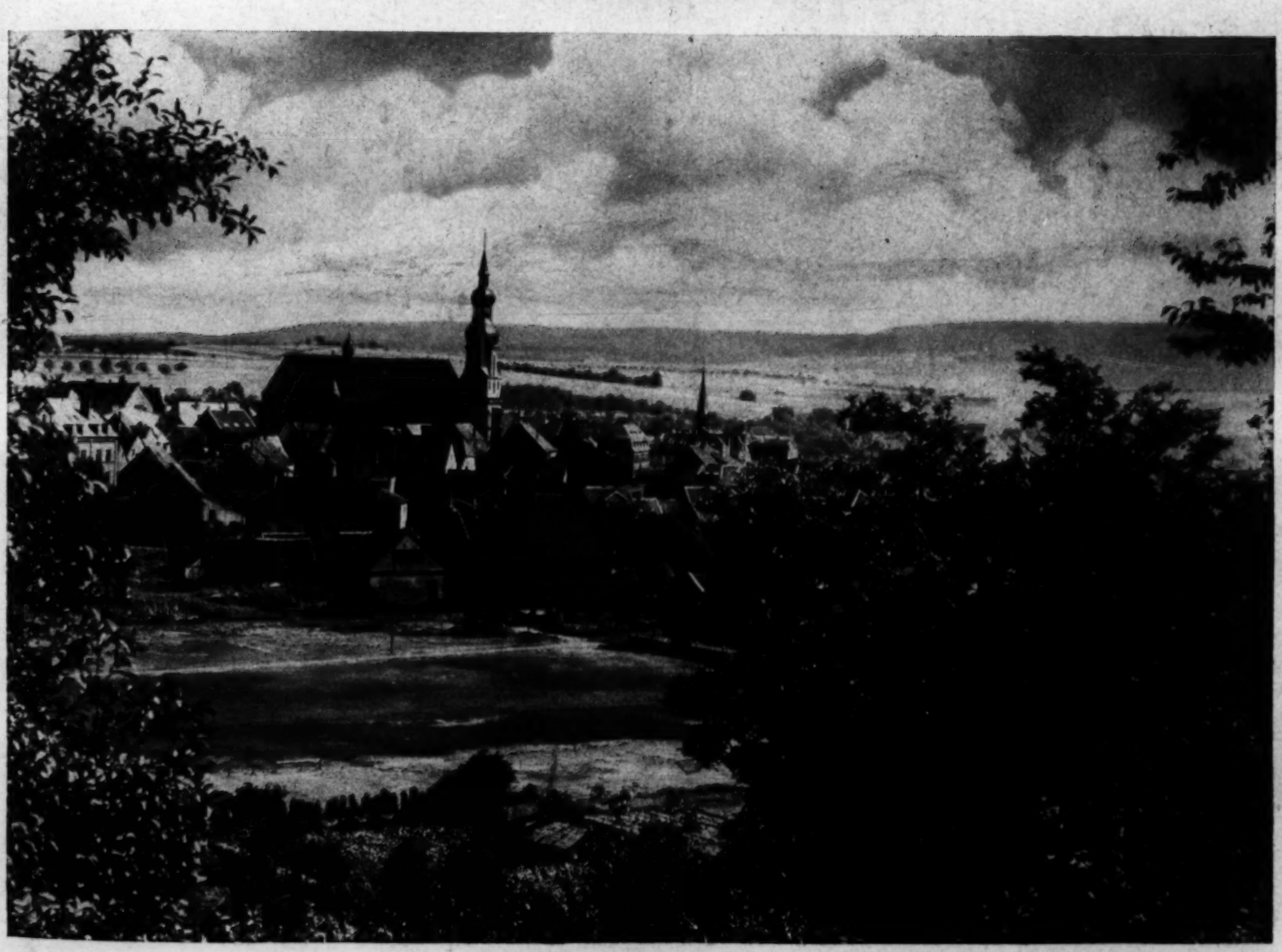
Nachrichten aus dem abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet

Mitteilungsblatt des Bundes der Saar-Vereine

Nummer 9 · 12. Jahrgang

Berlin, den 1. Mai 1931

Kein Saarverzicht



phot. M. Wentz, Saarbr.

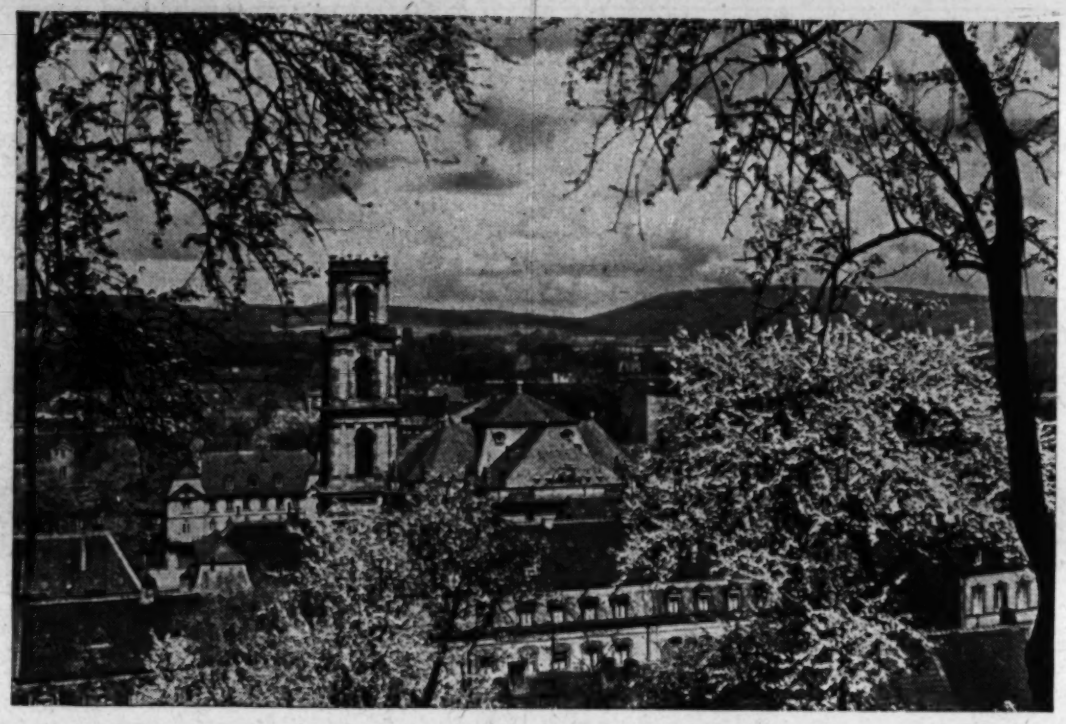
St. Wendel

„Solange der Ausgang einer gefährlichen Sache nur noch zweifelhaft ist, solange nur noch die Möglichkeit, daß er ein glücklicher werde, vorhanden ist, darf an kein Zagen gedacht werden, sondern bloß an Widerstand; wie man am Wetter nicht verzweifeln darf, solange noch ein blauer Fleck am Himmel ist."

Arthur Schopenhauer.

Türme, Dächer, Höhen

Unsere Heimat Saarbrücken



Die Türme und die Dächer dieses Bandes spiegeln mit den Höhen, in die sie eingebettet liegen, uns das eine Wort wider, das wir noch im Innern tragen: H e i m a t.

Aus dem „Vorwort" von Stadtschulrat Dr. H. Bongard.

Eine Bildermappe

mit 15 hochkünstlerischen Aufnahmen

von M. W e n t z.

Preis **4,20** Mark

B e s t e l l u n g e n n i m m t d i e G e s c h ä f t s s t e l l e „ S a a r - V e r e i n ",

B e r l i n S W 1 1 , S t r e s e m a n n s t r a ß e 4 2 , e n t g e g e n.

Saar-Freund

Nachrichten aus dem abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet

Mitteilungsblatt des Bundes der Saar-Vereine

Nummer 9 — 12. Jahrgang — Berlin, den 1. Mai 1931

Kein Saarverzicht!

Als vor kurzem bekannt wurde, daß der britische Ministerpräsident MacDonald die deutschen Staatsmänner Brüning und Curtius zu einem politischen Wochenende nach Chequers eingeladen habe, setzte in Paris ein Sturm von Gerüchten und ein Schwarm von Intrigen ein, um den Eindruck aufkommen zu lassen, als versuche Deutschland bei diesem Besuch England für die deutsch-österreichischen Zollvereinbarungen günstig zu stimmen. Man beruhigte sich in Paris erst wieder, als dieser deutsche Ministerbesuch auf den Juni verlegt worden war. Diese Erscheinungen französischer Stimmungsmache sind außerordentlich lehrreich. Weil die Möglichkeit bestand, daß deutsche Minister mit englischen über eine Frage sich unterhielten, die Frankreich unter allen Umständen zu einer politischen stempeln möchte, deshalb führte es einen Störungsfeldzug durch, der nach seiner Auffassung von ihm gewonnen wurde. Es ist für uns unerheblich, daß Frankreich dabei von ganz falschen Voraussetzungen ausging und daß deshalb seine Schlußfolgerungen ebenso falsch sind. Nur die Tatsache muß zur Kennzeichnung der ganzen französischen Politik gerade an Hand dieses Beispiels festgehalten werden, daß sie sich jeder Annäherung Deutschlands an eine andere Macht widersetzt, obwohl sie weiß, daß es sich letzten Endes um die Festigung des Friedens handelt.

In Kürze werden sich die leitenden Staatsmänner der europäischen Politik wieder in Genf treffen. Man wird über Paneuropa, über die Abrüstung, über die Zollunion und Briands Gegenstoß und über eine ganze Reihe anderer Fragen sich unterhalten. Was dabei herauskommt, bleibe dahingestellt. Man wird nicht verlangen wollen und verlangen können, daß all diese zum Teil außerordentlich bedeutsamen Fragen im Verlauf einer verhältnismäßig kurzen Zusammenkunft in Genf geklärt und entschieden werden. Aber diese Frage ist angesichts des oben gekennzeichneten Beispiels berechtigt:

Hat eine solche Aussprache einen praktischen Sinn, wenn man das Empfinden haben muß, daß nichts geschieht, was nicht dem Expansions- und Machtbestreben Frankreichs dient?

Es soll dabei auch nicht übersehen werden, daß sich in Frankreich ein völlig neuer außenpolitischer Kurs entwickelt, der hauptsächlich von den nationalistischen Elementen Frankreichs vorgezeichnet wird. Die Angriffe gegen Briand wegen seiner angeblich deutsch-freundlichen (??) Politik haben sich in den letzten Monaten außerordentlich vermehrt und verschärft. Er ist seinen Gegnern auch schon erkennbar weit entgegengekommen. Das beweist sein geradezu beleidigender Ton gegen Deutschland bei der Behandlung des deutsch-österreichischen Zollabkommens. Jetzt versucht man, ihn dadurch gewissermaßen aktionsunfähig zu machen, daß man ihm die Ministerpräsidentschaft anträgt.

Ist es da verwunderlich, daß auch in der Saarfrage eine Versteifung eingetreten ist, die auf einen äußerst zugespitzten Endkampf um die Saar schließen läßt? Das vor einiger Zeit in Frankreich für den Saarkampf ausgegebene Leitmotiv: „Wir wollen die Saar behalten" hat mindestens für die französische Propaganda noch volle Geltung und für die französische Politik die Bedeutung diplomatischer Druckmethoden. Wir brauchen nur einen Blick in die heutigen Verhältnisse an der Saar zu werfen, um zu erkennen, wie wenig hier eine Saarlösung auf der Grundlage des Rechtes und des Willens der Bevölkerung betrieben wird.

Die Tatsache aktiver Saarpolitik Frankreichs steht also fest. Und wie steht's mit Deutschlands Saarpolitik? Man möchte mit dem Dichter sagen: „In allen Wipfeln ist Ruh'!" Die amtlichen Stellen schweigen sich aus. Man wird erklären, es läge kein aktueller Anlaß vor, um von Amts wegen zur Saarfrage Stellung zu nehmen. Das trifft nur bedingt zu. Hätte Deutschland nicht weitgehendst Veranlassung, den ungeheuerlichen französischen Schulterror an der Saar in Genf einmal zur Sprache zu bringen? Worin liegt der Unterschied zwischen dem französischen Schulterror an der Saar und dem polnischen in Oberschlesien? Im Grunde kommt beides auf eins heraus: Chauvinistische, annexionistische Politik will deutsche Menschen zwingen, ihre Kinder in eine nichtdeutsche Schule zu schicken. Weshalb wohl? Wird hier nicht politischer Seelenfang versucht? Völkerbund und Haager Schiedsgericht haben in dem polnischen Falle gegen diese Schulpolitik entschieden. Es hat zwar keinen Nutzen gehabt, aber die moralische Verurteilung Polens steht fest. Ist Frankreich mit seiner Schulpolitik im Saargebiet anders zu bewerten als Polen? Wir verneinen das und die ganze Saargebietsbevölkerung erst recht. Es ist bedauerlich, daß diese Einzelfälle, wie sie sich täglich wiederholen, nicht zur Kenntnis der großen Oeffentlichkeit gebracht werden. Es gereicht dem Völkerbund auch nicht zur Ehre, daß er nicht von sich aus eingreift, wenn er der Meinung sein muß, daß die von ihm beauftragte Regierungskommission an der Saar nicht nur auf einem, sondern auf beiden Ohren taub und auf beiden Augen blind ist.

Und was tut die deutsche Oeffentlichkeit? Auch sie schweigt. Die wenigen eigenen Aufsätze, die in der führenden deutschen Presse erscheinen, sind nicht in der Lage, das schlafende Weltgewissen zu wecken. Wir lesen auf Grund der dorthin entsandten Sonderberichterstatter deutscher großer Blätter über Leben und Treiben in Rußland, in China, auf den Feuerlandinseln, auf Madeira, in Süd- und Nordamerika und so fort. Aber keinen Sonderberichterstatter sahen wir in den letzten Jahren im Saargebiet.

Es gibt in Deutschland eine Reihe von Aufklärungsorganisationen, die bestimmt in Einzelfragen Hervorragendes geleistet haben. Es fanden erst kürzlich wieder Veranstaltungen solcher Organisationen statt. Zu ihrem politischen Arbeitsfeld gehört mittelbar auch die Saarfrage. Man hat sich gehütet, sich mit ihr zu befassen, man hat es abgelehnt, zu untersuchen, auf welchem Wege alle nur irgendwie her-

anzuziehenden Mittel mobil gemacht werden könnten, um die Saaraufklärungsarbeit so eindrucksvoll, so umfassend und so einheitlich wie möglich zu gestalten. Jeder reitet sein besonderes Steckenpferd, und jeder möchte für seine Zwecke die meisten Mittel zur Verfügung haben. Deutsche Einigkeit! Deutsche Selbstlosigkeit! Ob wir so zum Ziele kommen, ob wir mit solchen Methoden der französischen Propaganda Herr werden? Wir bezweifeln es. Der Außenstehende könnte leicht davon den Eindruck gewinnen, als hätte man in Deutschland darauf verzichtet, den Saarabwehrkampf weiterzuführen. Es ist nicht so; aber wo bleibt der ernste Wille, gemeinsam vorzugehen und die Kräfte zu sammeln? Ist es nicht überall das gleiche, daß Zersplitterung zutage tritt, wo Zusammenfassung not täte?

So sieht sich der Bund der Saarvereine wieder einmal auf sich selbst gestellt, sieht sich der Aufgabe gegenüber, der täglich drückender werdenden französischen Propaganda mit unzureichenden Mitteln entgegentreten zu müssen. Er verzichtet nicht auf den Saarfreiheitskampf; er verzichtet auch dann nicht, wenn im Saargebiet selbst Entgleisungen einzelner aus parteidogmatischen Gründen draußen so aufgefaßt werden müssen, als lasse der Abwehrwille Deutschlands und des Saargebiets nach. Es ist doch manchmal ein recht betrübendes Gefühl, wenn man solche Eigenbrötelei, solche politische Eigenwilligkeit beobachten muß, wo der Schaden für das Ganze handgreiflich naheliegt.

Jenen französischen Saarpolitikern, die vielleicht glauben, aus solchen Erscheinungen den Schluß ziehen zu können, daß ihnen die Saarfrucht langsam zureife, sei gesagt: Gebt die Abstimmung frei, ihr werdet bestätigt erhalten, was schon Ausgang 1918 und Anfang 1919 Tatsache war: **Nie wird euch die Saar gehören, nie wird sich Clemenceaus Dokumentenfälschung auch nur annähernd bewahrheiten. Deutschland verzichtet nicht auf das Saargebiet, es verzichtet nicht auf den Warndt, es verzichtet auf keinen Quadratmeter deutschen Bodens.** R. P.

„Clemenceau-Woche"

Ein Saar-Beitrag für die Verherrlichung des „Tigers" von Apollinaris.

Mit jener für den französischen Nationalcharakter typischen Mischung von Ruhmredigkeit und theatralischer Gespreiztheit hat man zu Ende April und Anfang Mai in Frankreich eine sogenannte „Clemenceau-Woche" begangen. Man hat damit eine Veranstaltung in die Welt gesetzt, für die keinerlei innere Notwendigkeit vorhanden war, und der Außenstehende vermag sich des Gefühls nicht zu erwehren, als sei dies alles nur inszeniert worden, um nach innen und außen zum tausendsten Male kundzutun, daß Frankreich im Jahre 1918 einen Sieg errungen habe.

Da konnte man denn in diesen vergangenen letzten Apriltagen in der Pariser Presse Worte lesen, wie etwa die folgenden: „Wir haben eine Clemenceau-Woche, wie es etwa eine Wohltätigkeitswoche gibt, aber wir setzen dabei voraus, daß es eine wirkliche „Woche des Tigers" wird. Wir werden sehen, wie man den Organisator des Sieges unter der Halle der Académie française feiern, wie man ihm in dem Institut huldigen wird, dessen Wahl er nur unter der Bedingung annahm, nicht unter den „Vierzig" Platz nehmen zu müssen". — Gemeint sind die sog. „Unsterblichen", deren Gesellschaft der alte Griesgram so innig zu meiden wünschte.

Es ist merkwürdig lange still gewesen in Frankreich um den Namen „Clemenceau", und auch seinen freundlichen Raubtier-Beinamen vermied man mit Beflissenheit. Wir aber unsererseits dürfen vielleicht in aller Bescheidenheit daran erinnern, daß es des Aufgebots fast sämtlicher Nationen des Erdkreises, des Herbeischaffens ungezählter Millionen schwarzer, roter, gelber und buntscheckiger „Alliierter" bedurft hat, daß eine in der Geschichte noch nicht dagewesene Hungerblockade von vierjähriger Dauer notwendig gewesen ist, damit der große „Tiger" anno 1918 seine gierigen Krallen und seine unersättlichen Zähne in das Fleisch des endlich zermürbten deutschen Feindes schlagen konnte, der, militärisch unbesiegt, schließlich doch die Diktate des unsaubersten Waffenstillstandes der ganzen Welt und des brutalsten Schmachfriedens über sich ergehen lassen mußte.

„Er leuchtete wie ein wunderbares Licht, der Clemenceau von 1918", hat Herr André Tardieu am vergangenen 26. April in Nantes begeistert ausgerufen, als er die Festrede zur Enthüllung eines dort errichteten Denkmals für den „Tiger" hielt, und Herr Tardieu fügte halb bemitleidend, halb bewundernd diesem Aufruf die folgenden Worte hinzu:

„Ich sehe Clemenceau noch in den schweren und dunkelen Kämpfen der Friedensverhandlungen, wo ihm von Mißgünstigen, Frankreich innerlich feindlich Gesinnten, die gerechten Früchte unseres großen Sieges entrissen oder doch geschmälert werden sollten; auch da kämpfte Clemenceau wie ein Tiger und verhalf der Wahrheit zum Siege, indem er, nach zwei vergeblichen Versuchen, am Ende eines Koalitionskrieges, den für Frankreich günstigsten aller nur denkbaren Friedensverträge („le meilleur des traités possibles") unterzeichnete; ich sehe ihn noch, wie er da mit unnachahmbarer Würde den besiegten Angreifern gegenüber die gerechten Friedensbedingungen der überfallenen, aber siegreich gebliebenen Völker verteidigte." (Bericht des „Echo de Paris", datiert aus Nantes, den 26. April 1931).

Man sieht, auch so kalte Naturen wie Tardieu können bisweilen in Verzückung geraten, und wir unsererseits denken auch gar nicht daran, ihm solche Verzückung zu mißgönnen!! Wohl der Nation, die in entscheidender Stunde einen Vaterlandsfreund mit eiserner Energie an der richtigen Stelle weiß!! Da kann man — besonders, wenn der Betreffende tot ist — schon hinterher ein wenig aus sich herausgehen und ihn gelegentlich auch einmal ein wenig über den bewußten „grünen Klee" loben. — Aber gerade Clemenceau in einem Atem nennen mit Gerechtigkeit, von ihm behaupten, er habe der Wahrheit zum Siege verholfen, der Kasus macht uns lachen!

Da haben wir in dem schon früher bekanntgewordenen Buche „Le bassin de la sarre" von Alexander Allot ein Kapitel gefunden, das unter dem Titel „Le refus américain et la crise d'avril" eigenhändige, sehr sorgfältig gemachte Aufzeichnungen des Verfassers über das Zustandekommen des sog. Saarabkommens innerhalb der Versailler Friedensverhandlungstage berichtet. Herr Allot ist als Mitarbeiter und gewissenhafter Berichterstatter Clemenceaus an diesen Verhandlungen persönlich beteiligt gewesen; er hat sie bis in die kleinsten Phasen mitgemacht und dabei alles getreulich niedergeschrieben, was ihm irgendwie des Festhaltens wert erschien. Während aber der Franzose sein Buch als eine Verherrlichung des echt gallischen Geistes, mit dem diese Verhandlungen von seiten Frankreichs geführt wurden, und als ein besonderes Ruhmesblatt für Clemenceau angesehen wissen will, können und sollen uns seine Aufzeichnungen als ein getreues Spiegelbild der Zähigkeit, der Unersättlichkeit und der gemeinen Lüge dienen, mit der von französischer Seite, unter Clemenceaus Führung, hier gearbeitet worden ist. Geht doch aus diesen Aufzeichnungen die

Entstehungsgeschichte der historisch gewordenen Saarlüge

nur allzu klar hervor. Darum wissen wir auch, daß die Worte Tardieus, des Vaters des Saarstatuts, mit denen er bei der Denkmalsweihe in Nantes Clemenceau als den Protektor der Gerechtigkeit, den Erretter der Wahrheit gefeiert hat, von der gleichen Verlogenheit und Heuchelei waren.

Wir möchten nicht ermangeln, unsererseits ein Scherflein zu dem schwülstigen Spektakelstück beizutragen, das man unter dem Titel „Clemenceau-Woche" in Frankreich so kunstreich und sinnvoll in diesen Tagen vor der Präsidentenwahl, zu inszenieren gewußt hat. —

Wir müssen allerdings unsere Leser an dieser Stelle ein wenig um freundliche Geduld bitten, wenn wir sie auffordern, uns, an der Hand der Allotschen Memoiren, ein beträchtliches Stück in jene Tage der Vergangenheit zurückzufolgen; wir hoffen aber, daß sie mit uns der Meinung sein werden, daß sich diese Mühe schon lohnt.

Vergegenwärtigen wir uns, welch ungeheuere Bedeutung jene Lage, die Allot die „Aprilkrise" nennt, für Leben

und Schicksal unserer deutschen Volksgenossen an der Saar gehabt haben! Wir sehen das ganze Drama hier noch einmal vor uns, dessen einzelne Phasen allerdings fast noch bedeutungsvoller wären, wenn wir uns hier mit der Mentalität des seligen Wilson zu beschäftigen hätten, anstatt mit der „Wahrheitsliebe" und dem „Gerechtigkeitsfanatismus" des jetzt so reichlich beweihräucherten Georges Clemenceau. Wir wollen darum die ganze Unterhaltung verfolgen, in deren Verlauf der liebe „Tiger" die Legende von den 150 000 Saarfranzosen als höchsten Trumpf, und vielleicht gewagtesten Einsatz seines ganzen Lebens, ausspielte, und damit die Leimrute, auf der der olle, ehrliche Wilson dann zuletzt haften blieb, erst einmal so richtig klebrig machte.

Höchst interessant ist dabei auch, zu beobachten, wie sich Lloyd George auch zunächst keineswegs für die von Frankreich erstrebte Lösung erwärmen wollte, wie auch der Engländer sich gegen die Errichtung der Grenze von 1814 sträubte, weil er „kein neues Elsaß-Lothringen" an der Saar schaffen wollte. Es tut u. E. gut, diese Dinge so oft und so deutlich wie möglich in die Erinnerung Aller zu bringen, je mehr wir uns dem Zeitpunkt nähern, der endgültig über das Schicksal der Saar entscheiden soll.

Am 28. März 1919 schrieb Allot in sein oben erwähntes Tagebuch: „Heute morgen wurde ich, zusammen mit Loucheur, in das Hotel des Präsidenten Wilson gerufen. Wir beide, er und ich, hatten die Aufgabe, die französischen Argumente wörtlich darzulegen. Schon bei Eintritt in den Sitzungssaal hatten wir einen fertigen Ueberblick über die Lage. Herr Lloyd George legte der Frage keine Wichtigkeit ersten Ranges bei. Dagegen hatte Präsident Wilson ein fragendes Lächeln auf dem Gesicht, das auf Widerspruch hindeutete. Es ist hier nicht der Platz, die Erklärungen wiederzugeben, die Herr Loncheur und ich an diesem Morgen abgaben. Es drehte sich alles dabei um das Schriftstück, das soeben verlesen worden war. Schon die ersten Unterbrechungen führten zu einer genauen Festlegung der umstrittenen Frage. Herr Lloyd George erklärte sich unserer Auffassung günstig, soweit es sich um das Eigentum bei den Gruben handelte; dies Eigentumsrecht mußten wir haben, und er erkannte an, daß es uns auf Grund gerechter Wiedergutmachung zustand. Was das Gebiet der Saar anbetraf, so war er weit weniger entschlossen; er wollte zugestehen, daß eine autonome Organisation geschaffen würde, um die Einheit des Kohlengebietes zu wahren, mit anderen Worten, daß man es von Deutschland lostrennte. Im Gegensatz hierzu brachte ihn unsere Forderung nach der Grenze von 1814 in Harnisch; er (Lloyd George) wollte nicht zulassen, daß uns sowohl das Staatsgebiet wie die Kohlen zufielen. Er wiederholte: „Wir wollen doch nicht das Unrecht wiederholen, das Deutschland 1871 im Namen eines vorgeblichen geschichtlichen Anspruchs begangen hat. Wir wollen doch kein neues Elsaß-Lothringen schaffen!" Herr Wilson verhielt sich zuerst schweigsam und ergriff dann das Wort, und während Lloyd George wenigstens einen Teil unserer Forderungen zu bewilligen bereit war, lehnte sie Wilson allesamt ab. Er war nur damit einverstanden, daß Frankreich aus dem Saargebiet soviel Kohlen entnehmen sollte, wie ihm durch den Krieg in seinen Gruben verlorengegangen waren. Aber er weigerte sich, zu gleicher Zeit uns das Eigentumsrecht an den Gruben, die Grenze von 1814 und die von Lloyd George angeregte autonome Organisation zuzugestehen. Er formulierte das in durchaus liebenswürdigen, aber sehr bestimmten Worten, wie folgt: „Niemals hat Frankreich in irgendeinem öffentlichen Schriftstück die Wiederherstellung der Grenze von 1814 gefordert. Die Basis, auf dem es Frieden schließen wollte, spricht von der Wiedergutmachung des erlittenen Unrechts von 1871, **keineswegs aber von dem aus dem Jahre 1815.** Diese Basis für den Frieden ist aber **für die Alliierten bindend!** Der historische Grund Deutschlands, den es einst angab, um Frankreich Elsaß-Lothringen zu rauben, ist höchst gefährlich; wir wollen ihn meiden! Im übrigen entspricht die Grenze von 1814 keineswegs irgendeiner wirtschaftlichen Gegebenheit; sie würde das Saargebiet ruinieren, indem es dadurch in zwei Teile zerrissen würde, ohne daß damit die Kohlen Frankreich gesichert würden. Deshalb wäre eine Gebietsabtrennung ohne unmittelbare Volksabstimmung unter diesen Umständen ganz unzulässig. Es gibt keine Nation, die intelligenter wäre als die französische (!!); wenn ich ihr meine Gesichtspunkte ganz frei auseinandersetzte, so brauchte ich mich vor ihrem Urteil nicht zu fürchten. Ich habe eine so hohe Auffassung von dem Geist der französischen Nation, daß ich glaube, sie wird stets ein auf Gerechtigkeit basiertes Prinzip, das unter Wahrung gleicher Rechte aufgestellt ist, annehmen (So siehste aus! Die Red.). Ich bin der Ansicht, daß man das Saarproblem nicht ebenso wie das von Elsaß-Lothringen behandeln kann.

Während eines vollen Halbjahrhunderts hat die Welt an Elsaß-Lothringen niemals wie an ein deutsches Gebiet gedacht,

aber die Grenze von 1814 hat einen völlig anders gearteten Charakter (!!!).

Ich bin bereit, Frankreich die Ausbeutung der Gruben für eine beschränkte Zeit zuzuerkennen; aber da nicht davon die Rede sein kann, die einheimischen Saar-Industrien der Kohle zu berauben, so scheint mir die Frage nach dem Eigentum der Gruben lediglich eine Gefühlssache zu sein. Ich bedauere, diese Einwürfe machen zu müssen und bitte deshalb um Entschuldigung; es ist mir peinlich, Frankreich entgegentreten zu müssen, aber ich kann nicht anders handeln, ohne meine Pflicht zu verletzen."

Von diesem Augenblick an bewegte sich die Diskussion um die Grundfragen des ganzen zu lösenden Problems: Da, in diesem Augenblick, hielt es Clemenceau, der bisher die Beantwortung aller Daten- und Zahlenfragen, die Wilson aufwarf, seinen Mitarbeitern überlassen hatte, für notwendig, persönlich in die Debatte einzugreifen; und er tat dies mit einem selten hohen Schwung der Gedanken; er sagte:

„Ich habe einen schwerwiegenden Einwand zu machen: Sie schalten das Gefühl und die Erinnerung aus; die Welt wird nicht nur von abstrakten Grundgesetzen regiert; Sie, Herr Präsident, erklären sich bereit, uns auf wirtschaftlichem Gebiet Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, und dafür danke ich Ihnen; aber die wirtschaftlichen Notwendigkeiten sind nicht alles! Die Geschichte der Vereinigten Staaten ist ruhmreich, aber kurz; 120 Jahre sind für Sie eine sehr lange Zeitspanne, für uns ist das gar nichts, wir haben unsere Geschichtsauffassung, die keineswegs die gleiche sein kann, wie die Ihrige; unsere Erfahrungen haben in uns das tiefe Gefühl geschaffen für die Wiedergutmachungen, die man uns schuldig ist. Diese beziehen sich nicht nur auf materielle Güter, das Bedürfnis nach moralischer Wiedergutmachung ist nicht weniger groß (!!). Ich kenne alles, was Sie für den Sieg getan haben; aber ich bin der Ansicht, daß Sie nichts verlieren werden, wenn Sie in diesem Problem ein Gefühl anerkennen, das von ihren Prinzipien abweicht, das aber darum nicht weniger tief begründet ist. Ich bin alt; in wenigen Monaten werde ich für immer aus dem politischen Leben ausscheiden, ich bin persönlich vollkommen uninteressiert (????). Ich werde vor dem Parlament die Beschlüsse zu verteidigen haben, die wir hier gemeinsam fassen werden. Aber wenn Sie mir heute nicht nachgeben, werden Sie die Gelegenheit versäumen, die Kette der Zuneigung, die Frankreich an Amerika knüpft, um einen Ring zu vermehren:

Es gibt im Saargebiet 150 000 Menschen, die Franzosen sind! Diese Leute haben im Jahre 1918 eine Adresse an Präsident Poincaré geschickt (Glatte Fälschung!!! Die Red.) und haben ein Anrecht auf Berücksichtigung. Sie, Herr Präsident, wollen die Rechte der Deutschen respektieren; **ich auch** (??); aber tragen Sie gefälligst den Rechten dieser Franzosen Rechnung, wie sie den historischen Rechten der Tschechen und Polen Rechnung getragen haben!"

* * *

Hier haben wir den authentischen Bericht eines Augenzeugen über den Vorgang, der Leben und Schicksal unserer Brüder und Schwestern an der Saar besiegelte. Zu einem späteren Zeitpunkt werden wir, wiederum an der Hand von Augenzeugenberichten, zeigen, wie die ungeheuerliche Lüge Clemenceaus ausschlaggebend und bestimmend auf den in Sachen der Saar von vornherein durchaus gerecht urteilenden Wilson eingewirkt hat.

Wenn Herr Tardieu sich bemüßigt fühlt, den Tiger als denjenigen zu verherrlichen, der Recht und Wahrheit zum Siege verholfen hat, so können wir mit unserem Lessing nur sagen:

„O, was ist die deutsche Sprache für eine arme Sprache: sie nennt das „betrügen", was die Franzosen so milde ‚Corriger la fortune, l'enchatner sou ses doigts, être sûr de son fait' nennen!" —

Clemenceau, der aus Gründen der sogen. ‚moralischen Wiedergutmachung' das kerndeutsche Saargebiet mit 150 000 Franzosen bevölkerte, nur um Wilson zu betölpeln, ist in unseren Augen nicht um kein Gran besser und anständiger als sein Landsmann Riccaut in Lessings unsterblichem Lustspiel, nur mit dem Unterschied, daß das Saarproblem keine Komödie sondern eins der ergreifendsten Trauerspiele im Schicksal des deutschen Volkes bildet.

Nachklänge zur Schuldebatte im Landesrat

Von Pfarrer Wilhelm, M. d. L.

Die Wogen des Kampfes für und wider die Domanialschule im Saargebiet gingen in den letzten Wochen ziemlich hoch. Ihren Höhepunkt fanden sie in der letzten Vollsitzung des Landesrates, in der Abgeordneter Schulrat Martin als Sprecher der Zentrumspartei Stellung nahm zu der sachlich und rechtlich recht dürftigen Antwort des Ministers Veszensky auf die Beschwerdeschrift der Partei vom März 1930. Es ist die Eigenart der Schulkämpfe, daß sie die Gemüter mächtig in Schwingung setzen. Es geht da nicht um Sachen und Sachwerte, es geht um die lebendigen Menschen mit ihrem geistigen, religiösen und kulturellen Leben, es geht um das Beste des Volkes, um die Jugend, von der das oft zitierte, ewig wahre Wort gilt: „Wer die Jugend hat, hat die Zukunft".

Frankreich beruft sich, um die Einführung der Domanialschule im Saargebiet zu begründen, gern auf den Vertrag von Versailles. Dem Franzosen ist dieser Vertrag ein ehrenwerter Vertrag, die Säule des europäischen Rechtes, der Garant ewigdauernder Sicherheit für Frankreich, vor allem aber auch ein gutes Ruhekissen für das böse Gewissen, von dem Frankreich gegenüber Deutschland geplagt ist. Darum hält Frankreich krampfhaft an ihm fest, als der Quelle alles Rechtes. Universitätsprofessor Dr. Hans Eibl in Wien sagte allerdings in einem Vortrag vor einigen Jahren in Saarbrücken etwas ganz anderes. Er nannte diesen Vertrag **„eine der scheußlichsten Teufeleien der Weltgeschichte", die zu bekämpfen vom Standpunkte des Volkstums und des Christentums gleichmäßig unabweisbare Pflicht sei.**

Man zitiert immer wieder den § 14 des Anhangs zum Abschnitt IV (Saargebiet), der folgendermaßen lautet: „Der französische Staat kann jederzeit als Nebenanlagen der Gruben Volksschulen und technische Schulen für das Personal und die Kinder des Personals gründen und unterhalten und den Unterricht darin in französischer Sprache nach einem von ihm festgesetzten Lehrplan durch von ihm gewählte Lehrer erteilen lassen".

Es fragt sich, ob diese Vertragsbestimmung mit der Gerechtigkeit zu vereinbaren ist. Um darüber klar zu werden, müssen wir den Sinn der Versailler „Saarordnung" feststellen. Klipp und klar heißt es im Vertrag: „Als Ersatz für die Zerstörung der Kohlengruben in Nordfrankreich und in Anrechnung auf den Betrag der völligen Wiedergutmachung von Kriegsschäden, die Deutschland schuldet, tritt es an Frankreich das vollständige und unbeschränkte Eigentum an den Kohlengruben ab". Die Uebergabe der Regierung des Saarbeckens für eine Reihe von Jahren an eine Kommission des Völkerbundes hat nach dem darauffolgenden Artikel den Zweck, „Frankreich die volle Freiheit bei der Ausbeutung der Gruben zu sichern", anderseits aber auch, „die Rechte und die Wohlfahrt der Bevölkerung" gegenüber dem französischen Grubeneigentümer zu „garantieren". Die Gruben sind somit ein Pfand, das Frankreich in die Hand gegeben wurde, und der „Saarordnung" von Versailles ist demnach unzweifelhaft der Reparationscharakter aufgedrückt. Frankreich gab sich aber mit der wirtschaftlichen Regelung der Saarfrage nicht zufrieden. **Außer den Gruben beansprucht es auch das Volk, außer den Bergleuten als Arbeitnehmern auch deren Kinder. Hier verläßt der Vertrag den Rahmen der Reparationen, und damit beginnt das Unrecht.** Er betritt politisch-kulturelles Gebiet, auf dem sich große Ausdehnungsmöglichkeiten auftun: Assimilation, friedliche Durchdringung, Annexion, vorläufig zwar nicht von Land und Gebiet, sondern von Seelen und Gesinnungen, zwar nicht offen, aber verschleiert.

Darum befinden sich die Vertragsbestimmungen, die das Schicksal der Saar regeln, nicht im Reparationsteil (Teil 8) sondern im Teil 3, 4. Abschnitt, der unter dem Titel: „Politische Bestimmungen über Europa" läuft.

Wer gibt der Fremdherrschaft im Saargebiet ein Recht auf die Herzen und Gewissen der saarländischen Jugend? Woher nimmt die französische Grubenverwaltung das Recht, für deutsche Kinder französische Schulen zu errichten als Anhängsel der Gruben? Woher nimmt die Regierungskommission das Recht, diese Schulen durch die bekannte Verordnung vom 10. 7. 1920 allen Kindern unterschiedlos zu öffnen? Bietet ihr etwa das frühere Landesrecht eine Handhabe? Früher konnten die Kinder ihrer Schulpflicht auf Grund des Gesetzes allgemein nur in der deutschen Schule genügen. Dieses Gesetz gilt auch heute noch. Zu einer einschneidenden Aenderung wäre eine Befragung der gewählten Vertreter des Volkes erforderlich, die aber nie erfolgt ist. Oder hat vielleicht die deutsche Regierung eine diesbezügliche Zustimmung gegeben? Oder rechtfertigt vielleicht die „Zweisprachigkeit" des Gebiets die Gründung? Jedermann weiß, daß dieses Gebiet ausschließlich und einheitlich deutsch ist und die „Zweisprachigkeit" ins Reich der französischen Fabeln über das Saargebiet zu verweisen ist.

Und wie läßt sich die Einführung der Domanialschule und die Verordnung der Regierungskommission vom 10. 7. 1920 mit jenem Paragraphen des Vertrages vereinbaren, der der Bevölkerung den Bestand und die Erhaltung der deutschen Kultur- und Bildungseinrichtungen gewährleistet? Mit dem Paragraphen betr. Grubenschule in der Hand könnte der französische Staat der Brotgeber von vielen tausend Bergleuten, unter Umständen die deutsche Schule in Bergmannsdörfern zum Erliegen bringen und mit der genannten Verordnung könnte die Regierungskommission unter Umständen die Gesamtentwicklung der deutschen Schule aufs äußerste gefährden, ja sie vernichten. Das wäre wahrhaftig nicht der Dienst an der Wohlfahrt der Bevölkerung, die der oberste und einzige Gesichtspunkt der Tätigkeit der Regierungskommission sein soll. Das wäre nicht Schutz unserer Rechte gegenüber dem französischen Grubeneigentümer. Wo man hinblickt, stößt man hier auf Folgelosigkeit, Ungerechtigkeit, Willkür, nackte Machtausübung, Uebergriffe und Rechtswidrigkeiten. **Eine Regierung, die doch eingesetzt ist als „Treuhänderin" des Deutschen Reiches, hat die Pflicht, die deutschen Belange peinlich zu schützen, und darf die Gefühle des Volkes in einer Frage, die so empfindlich und heikel ist, wie die Schulfrage, nicht verletzen.** Sie darf die überlieferte Schule, die durch Menschenalter fest verankert ist, im Volksleben, niemals zugunsten einer Auslandsschule schädigen. Eher müßte sie ihr Mandat in die Hände des Völkerbundes zurückgeben. Unfaßbar ist es dem gesunden, kernigen deutschen Nationalgefühl, wie sie sich, um gewissen Vorhaltungen zu begegnen, auf die Verordnung vom 10. 7. 1920 berufen kann. Einerlei, wer diese Verordnung entworfen, veranlaßt und — im guten Glauben oder nicht — unterschrieben hat, sie gilt als Verordnung der Regierungskommission, ist ungerecht und ist sogar in dieser Ausdehnung vom Standpunkt des Vertrags unhaltbar.

Noch etwas ist hier zu erwägen. Nachdem man die französische Schule willkürlich und dem natürlichen Recht zuwider dem gesamten Saarland aufgedrängt hat, nachdem man dadurch dem nationalen Empfinden weiter Kreise einen schweren Schlag versetzt hat, wird für diese Domanialschule die gerissenste Agitation mit den raffiniertesten politischen, wirtschaftlichen und psychologischen Regiekünsten von französischer Seite entfaltet. Hand in Hand damit betont man, um eventuelle Hindernisse bei der Werbung auszuräumen, das Recht und die Freiheit der Eltern in der Auswahl der Schularten, während man selbst ausgiebig vom Recht des Stärkeren Gebrauch macht. Wie liegen die Dinge hier?

Tatsächlich ist diese Freiheit in dem betonten Ausmaß gar nicht vorhanden, sie ist vielmehr durch Geschichte und Tradition durch bestehendes Recht und Gesetz und durch die sittliche Pflicht der Treue, die man gegenüber seiner Volksfamilie hat, beschränkt, begrenzt und gebunden. Insofern ist und bleibt es Verrat am Volkstum und heimatlichen Kulturgut, wenn Eltern freiwillig oder aus materiellen Scheingründen ihre Kinder der Domanialschule überliefern.

Auch ist sehr zu berücksichtigen, daß es vom religiösen Standpunkte aus der elterlichen Entscheidung nicht freisteht, ihre Kinder in jede x-beliebige Schule zu schicken — das wäre Mißbrauch der Freiheit — sondern nur in eine solche, die auf Grund ihres ausgesprochenen konfessionellen Charakters den Forderungen des christlichen Gewissens und der Kirche an eine Volksschule entspricht. Heute erleben wir es im Saargebiet, daß der Diözesanbischof aus rein religösen Gründen vor der französischen Schule in eindringlichen und beweglichen Worten warnt, und daß trotzdem Eltern die Freiheit zu besitzen glauben, ihre Kinder auch in diese verpönte Schule schicken zu dürfen. In einer Propagandabroschüre „Autor de la question sarroise", die kürzlich in Straßburg erschienen ist, schreibt der französische Publizist Boursон mit kühnem Schwung, entgegen der Warnung des Bischofs, daß die durch den französischen Staat gegründeten Schulen durchaus keine Werkstätten kirchlicher Entfremdung oder Laisierung wären, sondern einen ebenso streng konfessionellen Charakter wie die übrigen saarländischen Schulen hätten.

Dieser famose Bourson denkt wohl, eine Lüge werde um so glaubhafter, je dreister sie vorgetragen werde. Die Tatsachen sind ganz anders. Von einer wahren Konfessionsschule ist keine Spur vorhanden. Dazu fehlt der französisch-staatlichen Grubenverwaltung das Muster in Frankreich. Auch der Religionsunterricht, der in Ausübung der Hirtenpflicht von kirchlicher Seite den Kindern erteilt wird, da diese für die Kurzsichtigkeit ihrer Eltern doch nicht durch Entziehung der religiösen Belehrung gestraft werden können, ändert an dem allgemeinen Charakter der Domanialschule nichts. Aufmerksame Beobachter können sogar feststellen, daß die Domanialschule, so wie sie ist als Ganzes betrachtet, einen gewissen Stich ins Antiklerikale hat. Die Schulpraxis wirkt sich wenigstens so aus, teils infolge des religiösen Tiefstandes mancher Kinder aus unkirchlichen, freidenkerischen Familien, teils infolge des Geistes, der im französischen Schulwesen überhaupt weht. Wer die treibenden Kräfte und deren Träger in der französischen Staatsschule einigermaßen kennt, kann hier nicht im Zweifel sein. **Deutsche Kinder, die diese Schule besuchen, geraten zunächst in nationalen Gegensatz zu ihren Geistlichen, bisherigen Lehrern, bisherigen Spielkameraden, überhaupt zur deutschen Oeffentlichkeit. Man mag das bedauern, aber es liegt in der Natur der Sache.** Daß infolge dieses nationalen Spannungsverhältnisses auch die religiös-kirchlichen Bindungen gelockert werden, daß die Einheitlichkeit und Einheit des kirchlichen Gemeinschaftsgedankens, wie er sich in der Pfarrgemeinde in der konfessionellen Pfarrschule und den Pfarrvereinen äußert, bei Eltern und Kind zerrissen wird, bedarf wohl keines Beweises und ist auch von den Regisseuren der französischen Schule direkt gewollt, die nicht bloß Nationalisten, sondern auch eingefleischte Antiklerikale waren und noch sind. Darum haben Geistliche und Lehrer im Saargebiet allen Grund, die Kinder vom Besuche dieser Schule abzuhalten. Es wäre eine neue Ungerechtigkeit, wenn diese Abwehr als deutscher Druck ausgelegt würde, und somit die beiden Schulgattungen als gleichberechtigte Konkurrenten einander gegenübergestellt würden. Wir verwahren uns gegen den Vorwurf, ungehörigen Druck auszuüben. Was alle guten Deutschen zum Schutze ihrer Schule tun, ist ihr gutes, verbrieftes Recht, ist ihre heilige Pflicht, liegt im wohlverstandenen Interesse von Kirche und Volk. Hier gilt der Satz: „Ich bestreite die Parität".

Wenn übrigens die Regierungskommission in ihrem Antwortschreiben an die Zentrumsfraktion des Landesrates aus begreiflichen Gründen auf die religiös-kirchliche Seite der Angelegenheit nicht eingeht, sondern lediglich die allgemein bürgerliche Entscheidungsfreiheit für die Eltern in der Auswahl der Schule fordert und unter den Schutz der Regierung nimmt, so weiß jeder Eingeweihte, daß auch diese Freiheit bei unseren Bergleuten tatsächlich kaum mehr besteht. **Die Bergleute bangen heute um ihre Existenz, um ihr Brot. Da hakt nun die unerlaubte, ungerechte Werbung für die französische Schule ein.** Nach außen sagt man, abgesehen von Einzelfällen, hätten sich die Bergleute frei für die französische Grube entschieden. Aber dann lasse man einmal ab von den Lockmitteln, die man ihnen entgegenhält, als da sind: bessere Arbeitspöstchen, Beförderung, Lohnsteigerung, Gehaltsaufbesserung, gut bezahlte Sonntagsschichten, Gaben und Geschenke bei familiären Anlässen, Preisverteilungen für die Kinder, Unentgeltlichkeit der Lehrmittel, freie Autobus- und Straßenbahnfahrten zum Schullokal, Ferienerholung in französischen Land- und Seebädern, Unterstützungen aller Art in Bar und Waren, die geradezu die Korruption züchten. Man lasse einmal ab von der Günstlings-, Gratifikations- und Prämienwirtschaft, die ein besonderes Kennzeichen des französischen Systems ist. Man wird dann sehen, wie die Freiheit der Eltern sich entscheidet. Wie groß die Demoralisierung bereits geworden ist, geht daraus hervor, daß dieselben Leute, welche die Schildhalter der französichen Schule sind und ihre materiellen Vorteile genießen, zuweilen noch die Unverschämtheit besitzen, die deutschen Wohlfahrtsstellen reichlich auszunützen, und sich nachher in ihrem Deutschtum bedrückt fühlen, wenn ihrer Charakterlosigkeit mal die kalte Schulter gezeigt wird. **Frankreich, das so stolz ist auf seine kulturelle Anziehungskraft, möge einmal auf diese der „großen Nation" unwürdigen Mittel verzichten! Dann wird man sich über eine deutsche Gegenpropaganda auf dem Schulgebiete nicht mehr zu beschweren brauchen.**

Anderseits unterlasse die französische Seite ehrlich alle offenen und versteckten Drohungen mit Entlassung, Kündigung der Grubenwohnung, Verschlechterung der Arbeit oder des Lohn- und Arbeitsverhältnisses, die in Zeiten der Arbeitslosigkeit und seelischer Zermürbung der Menschen verheerend wirken, und man wird sehen, daß die Tore der Domanialschule in kurzer Zeit sich schließen. Die bisherigen gewaltigen Aufwendungen der Bergwerksdirektion für ihren Schulbetrieb könnten dann den Bergleuten in Form von Lohnaufbesserungen zugute kommen. Das wäre eine gute Agitation gegen den wachsenden Radikalismus. Wer mit den Bergleuten lebt, und fühlt, daß sie im Grenz- und Abstimmungsgebiet der Saar ein hartes Joch tragen müssen, daß sie bedauernswerte Opfer des französischen Grubenkapitalismus geworden sind.

Wie klingt doch der eingangs zitierte Paragraph des Versailler Friedensdiktates so frostig und herzlos: „Der französische Staat hat jederzeit das Recht, Volksschulen zu gründen für die Kinder des Personals als Nebenanlagen der Gruben". Wie viel Sorgen und Bangen, wie viel Leid in deutschen Herzen ist diesen Paragraphen schon entstiegen. Und das heute noch, 13 Jahre nach Kriegsschluß! Aber so ist der französische Kapitalismus. Nicht bloß die Bergleute sollen „rentabel", auch ihre Kinder und die ganze deutsche Saarjugend werden als „Nebeneinlagen" der Gruben in Pfandschaft genommen und zu Reparationszwecken verwendet. Wir aber sagen: Niemals und unter keiner Bedingung dürfen Menschen zu Werkzeugen kapitalistischer Unternehmungen, zu Mitteln einer imperialistischen Politik und eines hemmungslosen wirtschaftlichen Gewinnstrebens herabgewürdigt werden.

Zum Schluß sei noch auf den Stand der französischen Schule hingewiesen. Vor Ostern dieses Jahres zählte sie 3100 Kinder. Davon waren 1000 Kinder von zugezogenen Franzosen, 2000 Kinder von deutschen Bergleuten und 100 Kinder von anderen Deutschen. Daraus ersieht man, wie wenig die französische Schule bei der nichtbergmännischen deutschen Bevölkerung Anklang findet. Man sieht aber auch, was Zuckerbrot und Peitsche der französischen Propaganda bei der bergmännischen Bevölkerung fertig bringen. Die Gesamtzahl der saarländischen Schulkinder beläuft sich auf etwa 112 000. Hoffen wir, daß die Besuchsziffer der Domanialschulen diesen winzigen Bruchteil nicht überschreitet. Auch der neueste Ansturm der französischen Schulwerber hat an diesem Bild wenig geändert. Wenn auch hie und da Verluste auf deutscher Seite zu verzeichnen sind aus den vorstehend gekennzeichneten Gründen, so ist anderseits die deutsche Abwehrfront gestählt aus diesem Kampfe hervorgegangen.

Der Landesrat zur Schulfrage

In seiner letzten Sitzung nahm der Landesrat des Saargebiets Stellung zu dem Bericht der Regierungs-Kommission über die von ihr angestellte Untersuchung der Beschwerden gegen die unmoralische Werbung für die französischen Schulen der Bergwerksdirektion. Bekanntlich hatte die Zentrumspartei vor etwa Jahresfrist eine Beschwerde über die Werbungen für die französische Schule an die Regierungs-Kommission gerichtet und darin einen Schutz für die Bergleute gefordert, um die freie Entschließung über die Einschulung ihrer Kinder endlich sicher zu stellen. Der Völkerbundsrat hat es der Regierungs-Kommission schon im Jahre 1926 ausdrücklich zur Pflicht gemacht, darüber zu wachen, daß keine unzulässigen Druckmittel auf die Bergleute ausgeübt werden, um diese zu veranlassen, ihre Kinder der französischen Schule zuzuführen. Gegen diese Anweisung des Völkerbundsrats ist immer wieder verstoßen worden, ohne daß sich die Regierungs-Kommission veranlaßt gesehen hätte, hier nach dem Rechten zu sehen. Die Zentrumspartei unterbreitete deshalb mit ihrer Beschwerde der Regierungs-Kommission ein reichliches Beweismaterial über die Propaganda- und Terrormethoden bei der Werbung für die französischen Schulen. Die daraufhin von der Saarregierung endlich eingeleitete Untersuchung hat zu einem Ergebnis geführt, das bei der Einstellung der Regierung gegenüber den Uebergriffen von französischer Seite wohl zu erwarten war und das nichts weniger bedeutet als die blamable Schwächebekundung der Regierung gegenüber diesen französischen Einflüssen.

Ueber dieses Untersuchungsergebnis haben wir schon in der Nummer 5 unseres „Saar-Freundes" berichtet. Die Untersuchung ging danach aus wie das bekannte Horneberger Schießen, der französischen Bergwerksdirektion, die sich in der Rolle des Mannes Hase, der von nichts weiß, betätigte, wurde sogar die Gelegenheit geboten, sich ihrerseits darüber zu beschweren, daß die Saarbevölkerung von ihrem guten Rechte Gebrauch gemacht hat, für die Erhaltung der deutschen Schule und damit gegen das fremde Reis der französischen Schule Stellung zu nehmen. Bei der „neutralen" Stellungnahme der Regierungs-Kommission, die wir in wichtigen Lebensfragen des Saargebiets nur zu oft vermißt haben, braucht es gar nicht wunderzunehmen, daß der französischen Bergwerksdirektion noch das Lob einer loyalen Innehaltung der Anweisung, sich jeder unzulässigen Beeinflussung der Bergleute zu enthalten, erteilt wird, während man nach der anderen Richtung vergeblich nach der Wahrung des Schutzes der deutschen Schule entsprechend der

Zusicherung des Versailler Vertrages suchen kann. Es fehlte nur noch, daß man den Kampf der Saarbevölkerung gegen die Verkümmerung ihrer deutschen Volksschule als illoyal hinstellt, um die Jugend restlos den französischen Schulen auszuliefern, entsprechend der politischen Aufgabe der französischen Bergwerksdirektion, die Saarbevölkerung für den Anschluß an Frankreich reif zu machen.

Man muß hier einmal die Frage aufwerfen, zu welchem Zwecke und mit welcher Absicht denn eigentlich die französische Bergwerksdirektion mit erheblichen Mitteln diese Schulen unterhält? Doch sicher nicht zu dem Zwecke, den Bergleuten eine Wohltat zu erweisen.

In der Landesratssitzung nahm der Sprecher der Zentrumsfraktion, Schulrat Martin, scharf Stellung gegen den Untersuchungsbericht der Regierungs-Kommission. Die überaus lange Dauer der Untersuchung lege die Annahme nahe, daß man der Grubenverwaltung Zeit lassen wollte, ihrerseits Beschwerden zu konstruieren, und um zu verhüten, daß die Beschwerde der Zentrumspartei nach Genf gelange. Gänzlich unhaltbar sei der Standpunkt der Regierungs-Kommission, die den Anschein zu erwecken suche, als ob hier die französischen Schulen in voller Gleichberechtigung zu der deutschen Schule ständen. In Wirklichkeit sei es doch aber so, daß die deutsche Schule als die ursprüngliche und naturgegebene den vollen Schutz des Versailler Vertrages zu beanspruchen habe, während die französischen Schulen nur eine Konzession an die Franzosen seien und in Wirklichkeit nur für die Kinder des französischen Grubenpersonals in Frage kommen könnten. Die Werbungen für diese französischen Schulen unter den deutschen Bergmannsfamilien seien durchaus unnatürlich, und besonders dann, wenn sie, wie geschehen, mit unlauteren Mitteln betrieben würden. Die Warnung an deutsche Eltern gegen die Einschulung ihrer Kinder in diese fremden Schulen seien daher sittlich berechtigt und durchaus erlaubt.

Im Gegensatz zu der Feststellung im Untersuchungsbericht der Regierungs-Kommission müsse erklärt werden, daß die unzulässigen Mittel der Werbung für diese fremden Schulen noch im Schwunge seien und man sei in der Lage, eidliche Zeugenaussagen zum Beweise dafür beizubringen.

Die Untersuchungsmethode der Regierungs-Kommission sei auch nicht dazu angetan gewesen, die Wahrheit an den Tag zu bringen, und trotzdem habe man zugeben müssen, daß die Furcht vor Nachteilen bei den zurückhaltenden Aussagen der vernommenen Zeugen in einer Reihe von Fällen eine Rolle gespielt habe. Die Erklärung der Regierungs-Kommission, daß sie zu einer anderen Untersuchungsmethode nicht die Macht und nicht das Recht gehabt habe, komme einer eigenen Ohnmachtserklärung und einer Kapitulation vor der französischen Bergwerksdirektion gleich. Wir seien hier seit 11 Jahren einer Sonder-Regierung von Ausländern unterworfen, unter der unsere kulturellen Belange nicht geschützt seien. Unsere Bergleute seien das Freiwild für willfährige Grubenbeamte und Lehrer der französischen Schulen. Das Volk habe kein Vertrauen zu dieser Regierung. Die kulturellen Nöte des Saargebiets lägen in dem hier geltenden Regierungssystem beschlossen, das bis in die Wurzel hinein als unsittlich und unhaltbar bezeichnet worden sei. Je eher dieses System verschwände, um so besser, erst dann werde unsere Bevölkerung wieder frei aufatmen können. Zum Schluß sprach der Redner namens seiner Partei dem tschechischen Minister Veszensky und seinen Beratern das Mißtrauen aus.

In der Aussprache waren sämtliche Parteien darin einig, daß trotz der Ableugnungsversuche der französischen Bergwerksdirektion die unlauteren und unmoralischen Druckmittel zur Erpressung der Kinder der deutschen Bergmannsfamilien für die französischen Schulen angewandt wurden und noch angewandt werden. Zum Beweise dessen wies der Abgeordnete Schmelzer darauf hin, daß die französischen Schulen von rund 1000 französischen Kindern besucht werden, und daß nur etwa 100 Kinder von deutschen Familien, die angeblich mit der französischen Bergwerksdirektion nichts zu tun hätten, die fremde Schule besuchen, daß aber dagegen rund 2000 Kinder von Bergmannsfamilien zu dieser Schule angemeldet seien. Das beweise zur Genüge, daß hier Druckmittel angewandt worden sein müssen. Die Haltung des Landesrats ließ keinen Zweifel daran, daß der Wille zur entschiedenen Abwehr gegen diese fremden Zwitterschulen ungeschwächt fortbesteht und auch durch die schwächliche Haltung der Regierungs-Kommission nicht gehemmt werden kann. **Wenn der letzteren ausdrücklich ein Mißtrauen ausgesprochen worden ist, so entspricht dies der Ueberzeugung der gesamten Saarbevölkerung. Es wird hierdurch auf immer die Tatsache festgestellt, daß hier im Saargebiet die Völkerbundsregierung sich zu schwach fühlt, den im Versailler Vertrag festgelegten Schutz der deutschen Schule wahrzunehmen. Damit spricht sie sich selbst ihr Urteil!**

...Und die Antwort der französischen Bergverwaltung?

Fortsetzung der Werbungen für die französischen Schulen.

Man hätte meinen können, daß die Untersuchung der Regierungs-Kommission über die Werbungen für die französischen Schulen wenigstens anfänglich einen gewissen hemmenden Einfluß auf die Agitatoren für die französische Schule ausüben würde, war doch von der Regierungs-Kommission der zaghafte Wunsch zum Ausdruck gebracht worden, auch Handlungen und Aeußerungen zu vermeiden, die den Anschein einer Nötigung erwecken könnten. Leider ist das Gegenteil zu verzeichnen. Zur Beruhigung der Bevölkerung sei, so hatte die französische Bergwerksdirektion versichern lassen, der Lehrer der französischen Schule und ihr Hauptagitator Wingert — ein Luxemburger — von Jägersfreude versetzt worden. Er ist damit nicht etwa aus dem Saargebiet entfernt worden, sondern nur nach — Hostenbach versetzt worden, wo er seine „ersprießliche" Tätigkeit in alter Frische fortsetzt. Die Versetzung scheint er daher nicht als ein Strafmittel aufzufassen. Wie Meldungen aus Hostenbach erkennen lassen, ist die Bevölkerung der dortigen Ortschaften über die Fortsetzung der Werbung für die französischen Schulen durch Wingert in große Aufregung versetzt worden. Es fand daher in Hostenbach eine vom Zentrum einberufene Protestversammlung statt. **Dabei wurde darüber geklagt, daß mit dem Wohnungstrick wieder Kinder der deutschen Volksschule abspenstig gemacht worden sind. Auch wurden abgelegte Bergleute, die ihre Kinder der französischen Schule zugeführt hatten, wieder in Arbeit genommen. Das beweist doch, daß es mit der Versicherung der Bergwerksdirektion, Wingert habe keinen Einfluß auf diese Dinge, nicht weit her sein kann. Jedenfalls zeigt das Auftreten Wingerts auch in Hostenbach, daß er sich der Billigung seines Vorgehens seitens der Bergwerksdirektion versichert halten darf.** So werden die unmoralischen Werbemethoden für die französischen Schulen weiter ihre Blüten treiben und damit die Elternrechte im Saargebiet verkümmert. Der Völkerbund und sein Rat haben ja für diese „Bagatellen" keine Zeit und die Verletzung des Versailler Vertrages im Saargebiet wird stillschweigend übersehen. So lange wir hier an der Saar unter der Fremdherrschaft stehen, ist der Völkerbundsgrundsatz von der Selbstbestimmung der Völker eine hohle Phrase. **Daß man sich nicht einmal schent, die Werbung für die französische Schule in der französischen Kirche zu betreiben, lehrt ein Vorgang in Neunkirchen. Hier fragte eine französische Krankenschwester einen Knaben, der wohl mehr aus Neugier die französische Kirche betreten hatte, was sein Vater sei. Als die Antwort „Bergmann" lautete, fragte die Schwester, ob er nicht die französische Schule besuchen wolle. Das war doch nur in dem Sinne gemeint, sich für die fremde Schule zu bekennen. Der Vorgang ist wohl bezeichnend genug.**

Die Saarregierung aber beschränkt die deutsche Schule

Die Regierungs-Kommission, die einem Abbau ihrer hohen Gehälter ängstlich ausweicht, nimmt keinen Anstand, ihre Ersparnismaßnahmen auf die deutsche Schule auszudehnen, indem sie die notwendig gewordene Vermehrung von Schulklassen ablehnt und sich zu dem System der überfüllten Klassen bekennt, um die Gehälter für die Lehrer einzusparen. So wurde der Stadt Saarbrücken die Genehmigung zur Gründung von 16 neuen Lehrerstellen verweigert, obwohl die Notwendigkeit dazu nachgewiesen worden war. Hiergegen haben die Stadtverordneten in einer Entschließung Stellung genommen, in der sie die Auffassung vertreten, daß von den Sparmaßnahmen nicht in erster Linie die Volksschule betroffen werden darf. **Ausdrücklich wird dabei betont, daß die unpädagogische Maßnahme der Regierungs-Kommission mit finanziellen Ersparnisgründen so lange nicht gerechtfertigt werden kann, solange die Regierungs-Kommission für den fakultativen französischen Sprachunterricht Klassen von nur wenigen Schülern zuläßt.** Gefordert wird, daß die von der Regierung geforderten weitgehenden Klassenzusammenlegungen wieder aufgehoben, Klassen von mehr als 50 Schülern beseitigt und die hierdurch erforderlich werdenden neuen Lehrerstellen bewilligt werden. Auf der einen Seite ist die Regierungs-Kommission ängstlich darauf bedacht, Ersparnismöglichkeiten für ihr Lieblingskind, den französischen Sprachunterricht, zu umgehen, auf der anderen Seite pfercht sie mehr als 50 Kinder in eine Schulklasse hinein und unterbindet damit das Erziehungswerk der deutschen Volksschule. Man kann darin auch wohl so etwas wie eine indirekte Förderung der französischen Schulen erblicken.

—r.

Es war, es ist, es bleibt „Deutsch die Saar!"

(Prolog zum 10jährigen Stiftungsfeste des Saarvereins Dortmund, verfaßt und gesprochen von Landsmann Franz Meyer, Dortmund.)

Wie horchte man auf in der ganzen Welt:
Das Saarland hundertfünfzigtausend Franzosen [stellt?

Wir Deutsche, vor allem das Volk an der Saar,
Wir wußten: es ist gelogen, es ist nicht wahr.
Der Franzmann setzte diese Lüge ins Land,
Deren Zweck das Saarvolk schnell hat erkannt.
Es protestierte gegen solch' schändlichen Lug,
Aber mit der Lüge allein war es noch nicht genug.
Es folgten Peitsche auch und Zuckerbrot
Und das Saarland geriet in Elend und Not.
Mit Gewalt wollte der gallische Hahn
An das Herzblut unserer Schwestern und Brüder heran,
Um sie zu Franzosen zu machen.

Mit deinen Schulen, Welschmann, tatest du glauben
Unseren Kindern ihr Bestes, ihr Deutschtum zu rauben.
Doch das Kind spricht, wie seine Mutter spricht,
Und französisch, Franzmann, ist das sicher nicht.

Der Bergmann in der Grube tief,
Wenn ihm der Schweiß von der Stirne lief.
Wenn er da unten in ewiger Nacht
Schaudernd an die Zukunft, an Weib und Kind gedacht,
Dann kamen, fast wie von ungefähr,
Des Welschmanns Häscher still daher
Und wollt' ihm zum Franzosen machen.

So mancher brave Knappe dort
Mußte fort von seinem Arbeitsort.
Ich hab' auch gearbeitet Tag um Tag,
Ich hab' auch gearbeitet unter der Schmach,
Aber mein Herzblut verkaufen, mein Weib und [Kind,
Die doch wie ich, nur Deutsche sind,
Nein! Herrgott im Himmel, das kann ich nicht.

Dem Werkmann, der am Ofen steht,
Und dort wo sich die Walze dreht,
Dem sperrst du Koks und Kohle.
Glaubst, wenn der Schornstein nicht mehr raucht
Ist jeder Widerstand auch verbraucht,
Deine Häscher haben leichtes Spiel
Und so gelangst du dann zum Ziel,
Kannst sie zum Franzosen machen.
Wenn je ein Werkmann Deutscher war,
So ist es bestimmt der an der Saar,
Er wird es immer bleiben.

Hast du die Grenzen auch gesperrt,
Das Saarvolk an den Ketten zerrt.
Trotz Peitsche auch und Zuckerbrot
Das Saarvolk ist einig in seiner Not,
Nie wirst du es zu Franzosen machen.

Was auch die Welt nur sagen mag
Im Warndt begehst du große Schmach,
Gräbst Kohlen dort oh'n Recht und Fug,
Begehst zur Lüge noch Betrug.
Dort zeigst du uns dein wahr Gesicht,
Doch hüte dich vor'm Weltgericht.

Die Jahrtausendfeier, die du miterlebt,
Bist du da im Innern nicht erbebt?
Hat dir das Volk da nicht gesagt,
Daß dein Tun an der Saar ist sehr gewagt?
Konnt' besser man sein Deutschtum zum Ausdruck bringen?
Konnte begeisterter man deutsche Lieder singen?
Deutsch wehten die Fahnen über Berg und Tal
„Deutschland über alles" tönte es überall,
Die kleinste Hütte, sie schmückte sich,
Das waren Zeichen — Franzmann für dich.
Du sollst erkennen die Deutsche Art
Die das Saarland sich immer hat gewahrt,
Du sollst nun endlich doch erkennen,
Daß die Saarländer sich nie Franzosen nennen.

Unsere Täler und Wiesen, unsere Wälder und Höh'n
Die ließ ein Gott für uns Deutsche ersteh'n.
Das Land an der Saar ist für uns heilig' Land
Und deutsches Wesen die Menschen band,
Die dort leben und sterben.
Wir aber in der weiten Welt
Die das Schicksal fern der Heimat hält,
Wir wollen heut' und immerdar
Bekennen, wir sind Deutsche von der Saar.
Die ganze Welt sie soll es hören
Auf's neue wir's der Heimat schwören.
(Drum steht auf und sprecht mir nach):
Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern
Nicht trennen uns in Not und in Gefahr.
Es war, es ist, es bleibet
Deutsch die Saar immerdar!

Saarländische Streiflichter

„Zwangsläufiger" fakultativer französischer Unterricht. — Zur Domanialschulfrage im Warndt. — Aus dem Sonderbündlerlager.

In der letzten Zeit konnte man verschiedentlich die Feststellung machen, daß von offenbar interessierter Seite versucht wird, glauben zu machen, daß der fakultative französische Unterricht, der nach dem Kriege einsetzte, „zwangsläufig" eingeführt worden sei. Diese Zwangsläufigkeit bedarf heute unbedingt einer Klarstellung, um nicht ein falsches Bild aufkommen zu lassen. Es ist doch so, daß allein der für Lehrer und Schüler seitens der französischen Militärbehörde an allen Schulen und Klassen angeordnete französische Unterricht zwangsläufig war. Die Verhältnisse änderten sich dann mit dem Amtsantritt der Regierungskommission, insofern, als damals an die Stelle des Zwanges der fakultative französische Unterricht trat. Auch erklärte damals die Regierungskommission, und zwar auf Betreiben der Lehrerorganisationen, daß kein Lehrer zur Erteilung des fakultativen französischen Unterrichts gezwungen werden könnte. Zwangsläufig handelten nur die Lehrer bzw. Lehrerinnen des vierten Jahrganges, die verpflichtet waren, kurz vor Ostern die Anmeldescheine zum fakultativen französischen Unterricht an die Schüler oder Schülerinnen auszuteilen, wieder einzusammeln und abzuliefern. Meldeten sich daraufhin Kinder, so mußte der fakultative französische Unterricht eingerichtet werden

Es wäre durchaus falsch, wenn man es heute so darstellen wollte, als ob die Erteilung des franz. Unterrichts an Kinder, die sich meldeten, „zwangsläufig" gewesen wäre; denn in Wirklichkeit war die Unterrichtung der Kinder im franz. Unterricht durch einige deutsche Lehrer ebensowenig „zwangsläufig", wie die Teilnahme an Kursen und Prüfungen im Saargebiet, an Ferienkursen in Lausanne und Boulogne. Oder fehlt es etwa an Beweisen, daß die meisten Lehrer ihren von Anfang an aufrechten Standpunkt bis zum äußersten verteidigten und die Erteilung des fakultativen Unterrichts beharrlich ablehnten, weil man den eigentlichen Zweck und das wirkliche Ziel von jeher erkannte? Es geht wirklich nicht an, daß diejenigen, die sich zur Erteilung des fakult. franz. Unterrichts bereitfanden, sich heute so ohne weiteres in die Reihen jener aufrechten Vertreter unserer Lehrerschaft stellen wollen, in jene Reihen, denen es weder um französische Unterrichtsgelder, am allerwenigsten um die Gunst der Regierungskommission zu tun war. Diese Klarstellung muß einmal vorgenommen werden, weil schon die politische Wahrheit es verlangt, in dieser Frage der saarländischen Nachkriegszeit kein falsches Bild aufkommen zu lassen, nicht zuletzt der größte Teil unserer Lehrerschaft aus ehrenhaften Gründen Wert auf eine solche Feststellung legen muß. Die Erteilung des fakultativen französischen Unterrichts war noch nie zwangsläufig.

*

Ein Vorkommnis in der letzten Landesratssitzung, das den Warndt, insbesondere den Bürgermeistereiort Ludweiler angeht, zwingt zu einer unbedingt notwendigen Klarstellung aus politischen Gründen. Die französische Grubenverwaltung hat es bekanntlich verstanden, den Herd der von ihr geförderten „Warndtbewegung" nach allen Regeln der Kunst auszubauen. Auf der Höhe gegenüber Grube Velsen erhebt sich ein ganzes Dorf, in dessen Mitte man s. Zt. ein großes französisches Schulhaus errichtete, den katholischen Bewohnern, alles Bergleute von Grube Velsen sogar einen großen Raum als Betsaal zur Verfügung stellte, damit der weite Weg zur Kirche in Großrosseln oder zur Kapelle nach Ludweiler erspart bleibe. Es ist natürlich, daß man nach Zuzug zu dieser großen Kolonie an die eigentliche Zweckarbeit ging, indem die Bewohner durch die Saarbundsleute, meist Micumleute und abgefallene deutsche Grubenbeamte, nicht allein bearbeitet wurden, dem Bund beizutreten, zum mindesten aber die Kinder in die französische Schule zu schicken; sondern es wurde ihnen indirekt Verlust der Arbeitsstelle und Obdachlosigkeit in Aussicht gestellt, wenn man sich

nicht willfährig zeige. Wenig Zweck hat es, wenn von bestimmter Stelle der Versuch immer wieder unternommen wird, diese belegbare Tatsache abzuleugnen. Gewiß mochte es vielen Bergleuten, die Wohnung auf Ansiedlung Velsen nahmen, von vornherein klar sein, daß ihnen politische Gefahren erwachsen würden. Aber Brot und einigermaßen billiges und günstig gelegenes Obdach waren in vielen Fällen das beste Druckmittel, die Kinder mancher Bergleute in die Domanialschule zu zwingen. So standen und stehen heute noch viele vor der ängstlichen Wahl: Warndtbund und Domanialschule oder Arbeits- und Obdachlosigkeit! Der Erfolg blieb auch diese Ostern nicht aus, wie die Zahlen aus dieser Hochburg des Warndtbündlerherdes beweisen.

Die deutsche Schule in Ludweiler einschließlich Ansiedlung Velsen zählt heute 6 kathol. Klassen mit 235 Kindern und 10 evangel. Klassen mit 410 Kindern. Sie nahm Ostern 32 kath. und 45 evangel. Schulneulinge auf.

Die Domanialschule Ludweiler hat 9 Klassen mit 295 kathol. und 63 evangel. Kindern; sie nahm zu Ostern 29 kathol. und 7 evangel. Schulneulinge auf.

Es steht also der deutschen Schule in Ludweiler mit 645 Kindern die Domanialschule mit 358 Schulkindern gegenüber. Gewiß ein bedenkliches Verhältnis und für den, der die Verhältnisse nicht kennt, ein erschreckendes Ergebnis. Und darum ist es notwendig, daß vor aller Welt erklärt wird, wie ein solcher Zulauf zur französischen Schule möglich ist: nicht etwa, weil die Bevölkerung dieser Gegend zum großen Teil politisch unzuverlässig wäre, sondern die Sorge um Brot, Arbeitsstelle und Obdach sind die Gründe, warum viele Familien gefügige Werkzeuge in der Hand der westlichen Sendlinge und ihrer Handlanger wurden. Mag sich die Schülerzahl auch zu einem gewissen Prozentsatz aus den Reihen der wirklichen und der Neufranzosen rekrutieren, so darf man doch ruhig die Behauptung der politischen Unzuverlässigkeit dahin berichtigen, daß nicht vaterländische Abneigung, sondern materieller und geistiger Druck die Ursachen des Erfolges der französischen Schulwerbung waren. — Ergänzend sei noch gesagt, daß auch der Warndtort Lauterbach etwas über 30 Kinder für die französische Schule in Ludweiler stellt, wogegen in den übrigen Warndtgemeinden keine Domanialschulkinder zu verzeichnen sind. Die Aktion in Karlsbrunn-St. Nikolaus scheint vorerst noch auf einem toten Gleise zu ruhen, denn in den letzten Wochen hat man nichts mehr von der Errichtung einer französischen Schule in dieser Gegend gehört.

*

Die Leser des „Saarfreund" kennen den „Bedsab", nämlich den Berufsverband der saarländischen Bergbau-Angestellten wie auch deren Monatsschrift „Grubenlicht". Wenn dieses Mitteilungsblatt überhaupt genannt zu werden verdient, so deshalb, weil es auch gleichzeitig als Kampfblatt benutzt wird gegen die saarländische Presse, aber auch andere interessante Aufschlüsse gibt. Es ist verständlich, daß man sich dauernd gegen den Angriff wehrt, die Organisation des „Bedsab" werde von der französischen Grubenverwaltung subventioniert. Vielleicht mögen die nachstehenden Ausführungen in etwas einen zahlenmäßigen Beweis für diese Behauptung bringen, ganz abgesehen davon, daß man allgemein diese Subvention als selbstverständlich betrachtet.

In der Märznummer des „Grubenlichtes" ist ein Bericht über die sechste Generalversammlung enthalten, die am 1. Februar in Saarbrücken stattfand. Nebenbei bemerkt war nach Mitteilung des Blattes auch ein Vertreter der Generaldirektion der Saargruben anwesend. Verschiedene Zahlen dieses Berichtes verdienen Interesse, da sie bei einer Schätzung der Mitglieder nach wohlwollendster Seite ein Ergebnis zutage fördern, das dem Bedsab unangenehm sein dürfte. Wenn man sagt, daß sich der Bedsab auf Grube Velsen zahlenmäßig am günstigsten steht — weil hier die meisten Micumleute und Franzosen angestellt sind —, so erhält man bei Kenntnis der Zahlen der Vertreter der anderen Beamtenorganisationen (Butab und Techniker-Verband) etwa die Zahl 30 Mitglieder für den erstgenannten Bund. Rechnet man zu den 12 Berginspektionen noch drei Ortsgruppen für die Bergwerksdirektion, das Wasserwerk und das Hafenamt hinzu und legt für jede Ortsgruppe durchschnittlich die günstigste Zahl 30 zu Grunde, so erhält man die ungefähre Mitgliederzahl — die, wenn auch geschätzt, vielleicht stimmt — 450. Wie das „Grubenlicht" schreibt, zahlt jedes Mitglied monatlich 0,50 Fr. Breitrag, also jährlich 6,— Fr.; mithin nimmt der Verband an Mitgliederbeiträgen etwa 2700,— Fr. im Jahre ein. In den fünf Jahren seines Bestehens hatte er demnach 13 500,— Fr. als Einnahme zu verbuchen, also einschließlich Jahr 1930. Nun weiter: Das „Grubenlicht" sagt, daß die Verwaltungskosten im Jahre 1930 auf 11 782 Fr. angewachsen seien; nehmen wir im Durchschnitt 10 000 Fr. Verwaltungskosten im Jahre an, dann erhalten wir an Unkosten für die fünf vergangenen Jahre die Summe von rund 50 000 Fr.

Die Schlußrechnung: 13 500 Fr. in fünf Jahren eingenommen und etwa 50 000 Fr. ausgegeben. Wenngleich sich diese Zahlen wegen der geschätzten Mitgliederzahl noch etwas verschieben sollten, so kann die Differenz nicht so groß sein, um die Frage offen zu lassen: Wo kommt das Geld zur Bestreitung der gegenüber den eingegangenen Mitgliedsbeiträgen hohen Verwaltungskosten her? Wenn immer wieder behauptet wird, daß die französische Grubenverwaltung den Bedsab nicht subventioniere, so dürfte es sich bei den zahlenmäßig notwendigen Zuschüssen vielleicht um Propagandagelder der französischen Regierung handeln!

Jedenfalls zeigen diese Ausführungen einmal wieder, wie vom Westen und dessen Anhängern gearbeitet wird; daß alle Stellen, die zum Kampfe um einen Grenzlandstamm berufen sind, ein waches Auge haben müssen. B.

Die Saarkohle in Frankreich

Von Dr. W. Cartellieri-Saarbrücken.

Seit dem Uebergang der Saargruben an Frankreich gehen jährlich rund 4,5 Millionen Tonnen Saarkohle auf den französischen Markt, eine Menge, die sich in Jahren besonders günstiger Konjunktur wie 1924 und 1926 auf 5,5 Millionen Tonnen erhöht hat. Wenn auch statistische Unterlagen über die Verteilung der Saarkohle nach Verbrauchergruppen in der Nachkriegszeit nicht mehr vorliegen, so läßt sich doch auf Grund von Zusammenstellungen des Comité Central des Houilléres de France feststellen, welche Mengen Saarkohle von den Hüttenkokereien, Gasanstalten und Brikettfabriken in Frankreich verbraucht werden. Für die Jahre 1923—27 ergibt sich über den Saarkohlenversand nach Frankreich und die Verwendung von Saarkohle zur Hüttenkoks-, Gaskoks- und Briketterzeugung folgendes Bild (einschl. Elsaß-Lothringen):

Jahr	Saarkohlenbezug insgesamt t	Davon für: Hüttenkokereien t	Gasanstalten t	Brikettfabriken t
1923	3 556 961	15 820	741 450	32 525
1924	5 471 958	279 480	996 520	36 622
1925	4 744 118	438 754	904 411	37 232
1926	5 496 512	603 000	992 917	51 244
1927	4 422 287	547 636	803 912	47 700

Daraus ergibt sich, daß jährlich etwa 1,4 Millionen Tonnen Saarkohle an die Hüttenkokereien, Gasanstalten und Brikettfabriken in Frankreich geliefert werden. Ueber die Verteilung der weiteren nach Frankreich gelieferten 3 Millionen Tonnen Saarkohle, für deren Verbrauch neben den übrigen Industriezweigen als den genannten vor allem die Eisenbahnen in Frage kommen, fehlen leider nähere Angaben.

Die Rolle der Saarkohle in der französischen Hüttenkokserzeugung gründet sich vornehmlich auf die in der Nachkriegszeit erfolgte Anlage von Hüttenkokereien im Minettegebiet. In Deutsch-Lothringen sind dies die Hüttenkokereien in Diedenhofen, Hagendingen und Moyeuvre (die letztere, der Firma de Wendel gehörige Anlage bereits seit der Vorkriegszeit bestehend und in der Nachkriegszeit erweitert), in Französisch-Lothringen die Hüttenkokereien in Homécourt, Neuves-Maisons, Pont-à-Mousson, Villerupt (Micheville) und Mont-Saint-Martin (Aciéries de Longwy). Vom Gesamtkohleneinsatz der Hüttenkokereien in Französisch-Lothringen im Jahre 1927 in Höhe von 794 314 Tonnen entfielen 389 537 Tonnen = 49,0 Prozent auf Saarkohle, in Deutsch-Lothringen hingegen nur von 848 918 Tonnen Gesamteinsatz 103 970 Tonnen = 12,2 Prozent auf Saarkohle. Auch außerhalb des Minettegebietes findet die saarländische Fettkohle für die Hüttenkokserzeugung Verwendung, so im Departement Saône-et-Loire (Hüttenkokerei der Firma Schneider u. Cie., Le Creusot) mit 25,2 Prozent des Gesamtkohleneinsatzes, im Departement Haute-Marne (Hüttenkokerei Marnaval der Aciéries de Micheville) mit 8,8 Prozent, im Departement Allier (Hüttenkokerei der Firma Chatillon-Commentry) mit 6,0 Prozent, im Departement Loire-Inferieure (Hüttenkokereien der Usines Métallurgiques de la Basse-Loire in Trignac und der Etablissements J. J. Carnaud et Forges de Basse Indre) mit 1,5 Prozent und schließlich im Departement Isère (Hüttenkokerei der Hauts-Fourneaux de Chasse) mit 0,2 Prozent. Mit der Ausdehnung der

Kokereianlagen im Minettegebiet liegen für die Saarkohle zweifellos dort noch weitere Entwicklungsmöglichkeiten offen. Am Gesamtkohleneinsatz aller französischen Hüttenkokereien im Jahre 1927 ist die Saarkohle mit 5,8 Prozent beteiligt.

Seit alters begründet ist die Rolle der Saarkohle als Gaskohle in Frankreich, insbesondere in den östlichen Teilen, aber auch in der Region von Paris. Das Gaswerk von Paris zählt zu den bedeutendsten Großabnehmern von Saarkohle. Die unter dem Departement Seine ausgewiesenen Saarkohlenmengen von 405 850 Tonnen 1923, 556 980 Tonnen 1924, 487 555 Tonnen 1925 und 469 007 Tonnen 1926 beweisen die außerordentliche Höhe dieser Bezüge. Im Jahre 1927 ist der Bezug auf 324 836 Tonnen zurückgegangen, immerhin behauptet die Saarkohle noch 16,5 Prozent der insgesamt dort verbrauchten Mengen. Weitere traditionelle Abnehmer von saarländischer Gaskohle sind die Gaswerke in den östlichen Departements; so belief sich der Anteil der Saarkohle am Gesamteinsatz der Gaswerke im Departement Moselle auf 52,5 Prozent, im Departement Bas-Rhin auf 55,7 Prozent, im Departement Haut-Rhin auf 82,8 Prozent, im Departement Vosges auf 77,5 Prozent, im Departement Ardennes auf 37,8 Prozent, im Departement Marne auf 26,2 Prozent im Departement Seine-et-Marne auf 31,7 Prozent, im Departement Seine-et-Oise 27,8 Prozent usw. Das Gaswerk Belfort bezieht 99,5 Prozent seines Kohleneinsatzes von der Saar. Stark vertreten ist die Saarkohle auch in der Lyoner Region, so im Departe Rhône mit 17,9 Prozent und weiter im Süden in Departement Bouches-du-Rhône mit 14,9 Prozent. Aber auch im Westen Frankreichs ist die Saarkohle vertreten, so im Departement Maine-et-Loire mit 18,4 Prozent und Ille-et-Villaine mit 49,6 Prozent Ihr Aktionsradius reicht heute über fast ganz Frankreich mit Ausnahme des äußersten Nordens und Südwestens.

Für die Briketterzeugung spielt die Saarkohle eine geringe Rolle, da sie sich hierfür nicht besonders eignet und nur in kleineren Mengen beigemischt zu werden pflegt. Im Jahre 1927 gingen 47 700 Tonnen zur Briketterzeugung nach Frankreich, davon 37 500 Tonnen ins Departement Loire. Am Gesamtkohleneinsatz der französischen Brikettfabriken ist die Saarkohle nur mit 0,9 Prozent beteiligt. Demgegenüber behauptet die Saarkohle in den französischen Gasanstalten 16,3 Prozent des Gesamtkohleneinsatzes und die jährlich für diesen Zweck eingeführten Saarkohlenmengen belaufen sich auf 800 000 bis 1 000 000 Tonnen.

Zollpolitische Befürchtungen des Saarhandels

Auf der Jahrestagung des Schutzvereins für Handel und Gewerbe und Saargebiet hielt Handelskammersyndikus Martin einen Vortrag über das Thema: „Wendung in der französischen Zoll- und Handelspolitik?" Nach einem Bericht der „Saarbr. Ztg." meinte der Vortragende einleitend, die Väter des Saarstatuts hätten es sich damals nicht träumen lassen, daß die Fragen der französischen Zollpolitik für das Saargebiet eine so beherrschende Rolle spielen würden, wie sie ihnen tatsächlich zugefallen ist. Man habe geglaubt, daß der jeder Zollunion innewohnende Zwang zur Umformung der Wirtschaft ganz automatisch die erwünschte Wirkung zeitigen werde. Diese Erwartung sei enttäuscht worden, weil die Voraussetzungen dafür fehlten. Beweis: der Kampf um die Saarzollregelung. Aber auch die Hoffnung der Saarwirtschaft, daß mit den erreichten Zollabkommen eine Stabilisierung unserer zollpolitischen Lage eintreten werde und die Jahre der Abtrennung nicht von wesentlichen Erschütterungen begleitet sein würden, sei der Gefahr einer Enttäuschung ausgesetzt. Zollerhöhungen seien neuerdings an der Tagesordnung. Die wirtschaftlichen Grundtendenzen unserer Zeit seien diesem Zollaufbau nun zwar entgegengesetzt, und darum solle man diese Einflüsse des Tages nicht überschätzen. Andererseits aber dürfe man nicht verkennen, daß in Frankreich mächtige Kräfte am Werk sind, um eine grundsätzliche Wendung der französischen Zoll- und Handelspolitik einzuleiten. Die Ursachen des zunächst noch mehr stimungsmäßig als tatsächlich sich abzeichnenden Umschwungs in der französischen Handelspolitik seien im wesentlichen doppelter Art: Einmal die allgemeine Wirtschaftskrise und dann die Passivität der Handelsbilanz.

Was man bisher in Frankreich wollte, nämlich gleichzeitig das kapitalreichste Land bleiben und sich doch eines Ausfuhrüberschusses zu erfreuen, sei eben unerfüllbar. Syndikus Martin wies an Hand von Zahlen nach, daß der französische Einfuhrüberschuß auch im laufenden Jahre weiter eine steigende Tendenz hat. Besonderes Mißbehagen verursache der wachsende Einfuhrüberschuß an Fertigerzeugnissen. Man müsse aus den statistischen Angaben über die französische Handelsbilanz schließen, daß die Wettbewerbsfähigkeit der französischen Industrie mit der stark geschwächten Kaufkraft ihrer Absatzgebiete, besonders Deutschlands, nicht Schritt gehalten habe. Die inflatorischen Folgen der Kapital- und Goldpolitik haben zweifellos dazu beigetragen, die Selbstkostenlage der Industrie zu erschweren. Vielleicht spiele auch die Herstellungsweise und Qualität bei dem französischen Exportrückgang eine Rolle. Zwar leiste die französische Industrie auf einigen Spezialgebieten Hervorragendes, aber es fehle in dem Bild der französischen Produktion zwischen den bescheidenen Massenartikeln und den konjunkturempfindlichen Luxuserzeugnissen jene preiswerte Qualitätsware, wie sie für Deutschland oder die Vereinigten Staaten kennzeichnend ist. Dazu komme die starke Verschiebung in dem Handelsverkehr mit Deutschland, das in diesem Jahre erstmalig an die erste Stelle der französischen Bezugsländer getreten ist.

Leider müsse man angesichts dieser Erscheinungen eine recht einseitige und oberflächliche Betrachtungsweise auf französischer Seite feststellen. Redner verwies in diesem Zusammenhang auf die korrigierende Rede des deutschen Botschafters und stellte fest, daß sich der Aktivsaldo Deutschlands in dem Handelsverkehr mit Frankreich nach Abzug der Reparationslieferungen auf 165 Mill. RM. verringere. Auch hinsichtlich des deutsch-saarländischen Warenaustausches erscheine es notwendig, darauf hinzuweisen, daß die Steigerung der deutschen Ausfuhr in das Saargebiet in der Hauptsache auf die künstliche Exportsteigerung auf Grund des Einfuhrscheinwesens zurückzuführen ist.

Im übrigen dürfte das Saargebiet, wenn auch im Verkehr mit dem Reichsgebiet um einige Millionen passiv, zur Verminderung des Defizits der französischen Handelsbilanz durch seinen nicht zu unterschätzenden Auslandsexport beigetragen haben.

Aber solche Richtigstellungen haben, so führte Syndikus Martin weiter aus, nur einen bedingten Wert, solange die stimmungsmäßigen Voraussetzungen für ihre Auswirkung fehlen. Und davon kann leider keine Rede sein. Im Gegenteil, die Stimmung ist ins protektionistische Fahrwasser umgeschlagen, wobei man allerdings anerkennen muß, daß Frankreich damit nicht allein steht.

Die radikalste Richtung geht in Frankreich so weit, die sofortige Kündigung des deutsch-französischen Handelsvertrages zu fordern. Aber man darf über solchen Forderungen nicht die Nerven verlieren. Das Wort Loucheurs: „Wir brauchen Deutschland und Deutschland braucht uns" hat immer noch Gültigkeit. Wirksam bleiben immer noch die starken Exportinteressen der französischen Landwirtschaft, besonders des Weinbaues. Und es wird auch in Frankreich genügend nüchtern abwägende Wirtschaftler geben, die das Verderbliche eines solchen Schrittes zu übersehen vermögen. Ernster zu nehmen sind die Revisionsbestrebungen. Ihre Anhänger werfen dem früheren Führer der Handelsvertragsverhandlungen, Serruys, vor, daß er sich seinerzeit habe von der deutschen Delegation zermürben lassen. Ferner wird kritisiert, daß Frankreich 72 Prozent seiner Zollsätze in den zur Zeit gültigen Verträgen gebunden habe. Das sei ein unerträglicher Zustand.

Die Stabilität des Warenaustausches werde durch diese dem Zollfrieden entgegenarbeitenden Bestrebungen naturgemäß gefährdet. Zwar seien Zollerhöhungen in Frankreich von der Genehmigung des Parlaments abhängig, so daß vom Zeitpunkt des ersten Vorschlags bis zur Durchführung immerhin einige Zeit vergehe. Aber auch in Frankreich wachse die Tendenz, mit Notverordnungen zu arbeiten. Der gleichfalls anhebende Kampf um die Meistbegünstigung stelle Frankreich vor Entscheidungen von europäischer Bedeutung. Soll es in den alten ausgefahrenen Gleisen weiter gehen oder sich den großen Bestrebungen anschließen, die in Genf schon so oft erörtert und empfohlen worden sind, aber erstmals durch die deutsch-österreichische Zollunion einen Schritt dem Ziele näher kamen. Soll es hinarbeiten auf ein inneres Gleichgewicht, eine autarktische Wirtschaftsform oder den Konkurrenzkampf in dem größeren Raum der Weltwirtschaft aufnehmen. Berücksichtige man, daß das Frankreich von heute mit seinem erweiterten Industrieapparat nicht mehr das im wesentlichen sich selbst genügende Vorkriegsfrankreich ist, sondern ein Land, das infolge seiner industriellen Kapazität nach Expansion strebt, dann müsse man sagen, daß diese Entscheidung eigentlich schon gefallen ist.

Bedauerlich für die Saarwirtschaft seien die französischen Zollerhöhungen in den letzten Monaten. Noch unerfreulicher sei die Tatsache, daß eine Reihe von anderen Zollerhöhungen in Aussicht stehen. So die Zölle auf Schuhwaren, Möbel, Porzellanwaren. Zum Teil gingen diese Erhöhungsbestrebungen auf Elsaß-Lothringen zurück.

Es sei begreiflich, wenn sich angesichts dieser Entwickelung weitester Kreise des Saarhandels eine lebhafte Beunruhigung bemächtigt habe. Es bestehe die große Gefahr, daß bei Verwirklichung der Revisionswünsche eine Lage eintritt, die zu einer erneuten Zerreißung der bewährten geschäftlichen Beziehungen führt und zu einer Umstellung auf andere Bezugsquellen zwingt. Eine solche Umstellung wäre um so nachteiliger und schädlicher, als uns nur noch wenige Jahre von der Rückgliederung des Saargebietes trennen, so daß alsdann wiederum eine Umstellung notwendig würde. Die Kaufmannschaft müsse jedenfalls die Entwicklung der Dinge aufmerksam verfolgen und mit Vorsicht disponieren. Kleine Lagerhaltung, Unterrichtung bei den Verbänden und der Handelskammer seien dringend zu empfehlen.

Redner untersuchte dann die gesetzlichen Voraussetzungen für die Zollerhöhungen. Wesentlich wichtiger noch sei die Frage, ob und wie es für die Saarwirtschaft möglich sei, etwa kommende Zollerhöhungen ganz oder teilweise abzuwenden. Mit dieser Frage sei man an dem größten Uebel angelangt, an dem die Zollunion zwischen Saargebiet und Frankreich seit ihrer Begründung kranke.

Die Rolle des Saargebietes sei bisher immer nur die des leidenden Partners gewesen.

Man habe es trotz wiederholter mündlicher Zusicherungen bis jetzt nie für nötig gehalten, festzustellen, wie gegebenenfalls die besonderen Interessen des Saargebietes liegen. Dieser Zustand sei unerträglich, falls jetzt wenige Jahre vor der bevorstehenden Rückgliederung eine Wendung in der französischen Zollpolitik eintrete. Die Regierungskommission sei wiederholt auf diesen unhaltbaren Zustand hingewiesen worden. Es müsse immer wieder festgestellt werden, daß die französische Regierung nicht nur eine Verpflichtung, sondern auch die Möglichkeit hat, für eine entsprechende Berücksichtigung der besonderen Saarinteressen zu sorgen. Diese Möglichkeit bestehe in einer entsprechenden Ergänzung bzw. Revision des Saarzollabkommens, die an sich schon längst fällig wäre.

Lohnabbau im Saargebiet

Von gewerkschaftlicher Seite erhalten wir über diese Frage folgende beachtenswerte Uebersicht:

Schon im vorigen Herbst bei der deutschen Notverordnung über die Krankenkassen mußte man im Saargebiet die Feststellung machen, daß es immer sehr lange dauert, bis man hier Verbesserungen der deutschen Sozialgesetzgebung einführt, daß aber Verschlechterungen sehr schnell nachgemacht werden. Dabei soll anerkannt werden, daß die saarländische Verordnung über die Krankenversicherung auch wesentliche Verbesserungen brachte.

Nachdem in Deutschland die erste Lohnabbauwelle sich über die Industriearbeiter, Angestellten und zuletzt auch über die Beamten ergoß, lud auch die Hüttenindustrie des Saargebietes die Gewerkschaften zu Lohnabbauverhandlungen, und zwar schon im November 1930 ein. Gewerkschaften und Arbeitgeber wurden dann bei der Regierungskommission vorstellig und verlangten durchgreifende Maßnahmen zur Verbilligung der Lebenshaltung, Senkung der öffentlichen Lasten, Vergütung für die in der Hüttenindustrie damals schon sehr zahlreichen Feierschichten usw. Gefordert wurde ein 12prozentiger Abbau der Löhne. Nach längeren, ergebnislosen Verhandlungen zwischen den Parteien und dem Schlichtungsausschuß erfolgte dann am 29. Dezember ein Vorschlag von drei Mitgliedern der Regierungskommission dahingehend, daß ab 1. Januar 1931 5 Prozent und ab 1. März 1931 weitere 3 Prozent Lohnsenkung in der Hüttenindustrie des Saargebietes erfolgen. (Wir hatten also im Saargebiet schon einen Dreimännerschiedsspruch bevor im Reich solche erfolgten.) Diesem Vorschlag konnten die Gewerkschaften nicht alle zustimmen, sie hatten aber der Regierungskommission zugesagt, gegen diesen Spruch auch nichts zu unternehmen. Dadurch kam ab 1. Januar 1931 der neue Tarifvertrag mit dem gekürzten Lohn zustande. Die geringst entlöhnten Arbeiter in der Schwerindustrie wurden nur von dem ersten Lohnabbau mit 5 Prozent betroffen, der zweite Abbau um die weiteren 3 Prozent traf die Arbeiter nicht, die nur den reinen Tariflohn verdienten. Andererseits ist zu beachten, daß die vielen Feierschichten, die zum Teil schon seit dem Spätherbst 1929 verfahren wurden, und viele Akkordreduzierungen den Lohnstand der Hüttenarbeiter schon viel stärker gesenkt hatte. Nach dem eigenen Material der Arbeitgeber wurde im Januar 1930 monatlich 40 Millionen Franken Lohnsumme an die Hüttenarbeiter bezahlt, im Dezember 1930 nur noch 30 Millionen, also 25 Prozent Rückgang vor dem Lohnabbau. Dabei ist aber zu beachten, daß die Belegschaftszahl von 36 000 auf 30 000 in der gleichen Zeit verringert wurde (etwa 17 Prozent). Man kann also mit einer Lohnsenkung von 5 Prozent vor dem Lohnabbau und 8 Prozent durch den Lohnabbau, insgesamt 13 Prozent bei den Hüttenarbeitern rechnen. Die Feierschichten und die Akkordkürzung treffen aber die Hüttenarbeiter nicht gleich, große Teile, zum Beispiel bei den Walzern, haben Verdienstausfälle bis zu 50 Prozent, während wieder Hilfsarbeiter in den durchgehenden Betrieben, die vielleicht keine Feierschichten und keinen Akkordabbau hatten, nicht mehr als 5 Prozent ihres Einkommens verloren haben. Der Hüttenarbeiter an der Saar ist durch die jetzige schwere Weltkrise in der Großeisenindustrie am allerschwersten von allen Arbeitern des Saargebietes betroffen worden. In der Arbeiterschaft der Schwerindustrie ist der Kaufkraftrückgang und die Not in den Familien am größten.

Sehr schwer sind auch die Bergarbeiter des Saargebietes durch die internationale Kohlenkrise getroffen. Feierschichten gibt es im Saarbergbau seit Frühjahr 1930, sie sind aber auf die Gesamtheit der Belegschaft ziemlich gleichmäßig verteilt. Eine so unterschiedliche Verteilung der Feierschichten wie in den Hüttenwerken erfolgt im Bergbau nicht, der Lohnabbau beträgt aber auch insgesamt 6,5 Prozent.

In der Tafelglasindustrie des Saargebietes erfolgte ein Lohnabbau von 5 bis 6½ Prozent, und zwar ab 16. Januar 1931. In dieser Industrie hat ein Betrieb im ersten Vierteljahr 1931 ganz still gelegen und jetzt bei seiner Wiederinbetriebnahme erfolgte die Stillegung des anderen Betriebes. Diese Industrie umfaßt seit der Mitte 1929 erfolgten Stillegung der Richardhütte in Sulzbach nur noch zwei Betriebe.

In der Keramindustrie ist ein Betrieb in Wallerfangen stillgelegt und in den anderen Betrieben erfolgte ab Januar ein Lohnabbau von 3 bis 5 Prozent.

In der weiterverarbeitenden Eisen- und Metallindustrie des Saargebietes ist bis jetzt ein Abbau der Tariflöhne nicht erfolgt. Diese Industrie ist zum großen Teile noch mit Aufträgen gut versehen. In vielen einzelnen Betrieben wurden aber Betriebseinschränkungen und Reduzierungen der Akkordverdienste durchgeführt. Bei dem Lohnaufbau in der vergangenen Zeit ist die Fertigindustrie sehr schlecht weggekommen, weil in den Jahren 1927 bis 1929 diese Industrie im Saargebiet im Gegensatz zu allen anderen sehr schlecht stand.

Zu einem schweren Lohnkonflikt hat sich die Lage im saarländischen Baugewerbe zugespitzt. Ein Spruch des amtlichen Schlichtungsausschusses sah eine Lohnkürzung von 5½ Prozent ab 14. März vor. Der Spruch wurde von den Gewerkschaften angenommen, von den Arbeitgebern aber abgelehnt. Die Arbeitgeber führten zum großen Teil einen 8prozentigen Lohnabbau durch; wer diesen nicht anerkannte, wurde entlassen, wer sich damit einverstanden erklärte, konnte weiter arbeiten. Es war eine Mischung von Streik und Aussperrung, die durch den Spruch einer neuen Vermittelungsstelle wieder aus der Welt geschafft werden sollte. Dieser Spruch sah 5½ Prozent Lohnabbau für die erste Zeit und einen weiteren Lohnabbau ab 17. Juni vor, so daß die Löhne Ende Juni 6,9 Prozent niedriger sein sollten, als vor dem 14. März. Dieser Spruch wurde von den Arbeitern abgelehnt und in dem dann weiter tobenden Lohnkampf führte die kommunistische Gewerkschaftsopposition zum erstenmal im Saargebiet ihre Suppenküche vor, um die Streikenden, die von keiner Gewerkschaft Barunterstützung bekommen, auf ihre Seite zu ziehen. Die Gewerkschaften unterstützten selbstverständlich ihre Mitglieder durch Barauszahlung der satzungsgemäßen Unterstützung. Dieser Lohnkampf erschwerte die Wiederankurbelung des wirtschaftlichen Lebens an der Saar, das, wie die über 20 000 statistisch erfaßten Arbeitslosen des letzten Notwinters zeigen, auch schwer darnieder liegt.

Für die Angestellten im Saarbergbau, der Schwerindustrie, Keram- und Glasindustrie wurden im allgemeinen die Gehälter in etwas geringerem Ausmaß gekürzt, wie es bei den Arbeitern geschah. Hier und da haben auch die Angestellten in der Fertigindustrie ihre Bezüge gekürzt erhalten. Für die Angestellten im Handel ist durch Schiedsspruch ein Abzug von 5 bis 6 Prozent ab 1. April durchgeführt worden.

Für die Eisenbahnarbeiter hat die Regierungskommission ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist und ohne die Verhandlungen mit den Gewerkschaften zu Ende zu führen, die Löhne um 15 Ctm. stündlich ab 1. April und weitere 15 Ctm. stündlich ab 1. Mai abgebaut. Dieser Lohnabbau geht bei den geringst entlohnten Rottenarbeitern bis zu 10 Prozent, während er bei den Vorhandwerkern und zum Teil auch bei den Handwerkern 5 Prozent des bisherigen Verdienstes beträgt. Die Angestellten und Beamten des Eisenbahnbetriebes haben bis jetzt noch keine Kürzung ihrer Bezüge.

Für die gut bezahlten Arbeiter im Buchdruckgewerbe sah ein Schiedsspruch 4½ Prozent Lohnabbau vor, die Arbeitgeber haben aber, als durch die betroffenen Arbeiter eine Ablehnung des Schiedsspruches erfolgte, von der Durchführung des Lohnabbaues Abstand genommen. Sie verlangen, daß die Regierungskommission die hier bisher nicht bestehende Möglichkeit schafft, Schiedssprüche für verbindlich zu erklären.

Keinen Abbau ihrer Bezüge haben bis jetzt die Angestellten und Beamten der Regierungskommission, der Kommunalverwaltung, Ortskrankenkassen, Berufsgenossenschaften usw. Hier ist die eigenartige Erscheinung festzustellen, daß seit Februar dieses Jahres die von der öffentlichen Hand besoldeten Beamten und Angestellten im Saargebiet um mehr als 6 Prozent besser gestellt sind, als die gleichartigen Angestellten und Beamten im Reich.

Man kann auch hier feststellen, daß die Beschäftigten in den Industrien, die auf dem allgemeinen Weltmarkt konkurrieren müssen, in ihrer Lebenshaltung schwer erschüttert wurden. Für diese vom Abbau Betroffenen wirkt es außerordentlich verbitternd, wenn sie mit ihrem Geld dazu beitragen müssen, daß die ohnehin schon Bessergestellten ihre bisherige Lebenshaltung aufrecht erhalten, ja sogar verbessern können.

Die Teuerung im Saargebiet ist im letzten Jahr 3 bis 4 Prozent zurückgegangen, man kann also damit einen Lohnabbau in dem allgemein erfolgten Ausmaß nicht begründen. Die bis jetzt vom Lohnabbau nicht Betroffenen können aber den kleinen Vorteil der Verbilligung der Lebenshaltung ausnutzen, sie haben also in der Krise sogar noch Vorteil.

10 Jahre Kampf gegen Kriegsschuldlüge

Die Organisation, die auf überparteilicher Grundlage systematisch die Versailler Kriegsschuldlüge bekämpfte und dadurch wesentlich zu ihrer Erschütterung beitrug — der Arbeitsausschuß deutscher Verbände —, konnte am 30. April auf eine zehnjährige Tätigkeit zurückblicken. Bald nach dem Friedensdiktat hatte der Protest des ganzen deutschen Volkes gegen das ihm aufgezwungene Schuldbekenntnis zur Gründung von verschiedenen Vereinigungen geführt. Im Jahre 1921 wurde diese Bewegung gegen die Schuldlüge und gegen das Friedensdiktat einheitlich zusammengefaßt in dem „Arbeitsausschuß deutscher Verbände". Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen schlossen sich ihm sofort an, Einzel-Persönlichkeiten und Gruppen unterstützten die gemeinsame Arbeit, so daß eine immer wachsende Bewegung im deutschen Volke entstanden ist, die sich in ihren Ausstrahlungen über die Grenzen des Vaterlandes hinaus wirksam macht. Es wird das große Verdienst des Arbeitsausschusses bleiben, daß er es in einer Zeit der Zerklüftung verstanden hat, den Kampf gegen die Schmach der Kriegsschuldlüge als eine Aufgabe aller guten Deutschen, frei von Parteipolitik und wirtschaftlichem Gegensatz, durchzuführen. Unter diesen Zeichen ist aus der Werkstatt des Arbeitsausschusses eine Fülle von Arbeiten hervorgegangen, teils wissenschaftlicher, teils volkstümlicher Art, die von immer neuen Gesichtspunkten aus das Unrecht des Versailler Diktates und die Haltlosigkeit der Schuldlüge erhärtet haben. Nicht nur das Inland, die Presse, die Vereine, die Schulen haben auf diese Weise wertvolles Material erhalten, sondern auch in das Ausland ist in steigendem Maße die Aufklärung gedrungen. Die verschiedenen, mit dem Friedensdiktat in Zusammenhang stehenden Probleme (koloniale Schuldlüge, Reparationen, Grenzfragen, Minderheiten-Politik, Abrüstung) fanden von hier aus ihre systematische Behandlung und scharfe Beleuchtung.

Die verflossenen zehn Jahre haben gezeigt, wie schwer es ist, im Kampfe gegen die Kriegsschuldlüge vorwärts zu kommen, wie groß immer noch die Hindernisse sind, die im Auslande bestehen, und wie weit der Weg, der zur Niederlegung dieser Mauer führen soll. Um so erfreulicher ist es, daß im Arbeitsausschuß deutscher Verbände eine Stelle vorhanden ist, die als Sachwalter der deutschen Ehre unermüdlich tätig ist.

Reichspräsident von Hindenburg hat dem **Arbeitsausschuß aus** Anlaß seines Jubiläums folgendes Handschreiben gesandt: „Am 30. April sind zehn Jahre vergangen, seitdem der Arbeitsausschuß Deutscher Verbände ins Leben gerufen wurde. Während dieser Zeit hat der Arbeitsausschuß unermüdlich und unter Zusammenfassung der politischen Kräfte aller Richtungen im Dienste des Vaterlandes gewirkt.

Seiner Aufklärungsarbeit ist es vor allem zu danken, daß die Wahrheit über die Entstehung des Weltkrieges seitdem in der ganzen Welt an Boden gewonnen hat.

Es ist mir eine besondere Freude und Genugtuung, dies am heutigen Ehrentage des Arbeitsausschusses feststellen zu können. Aber das Ziel ist noch nicht erreicht. Das ganze deutsche Volk ist einig darin, daß der Kampf um die Wahrheit nicht aufhören darf, bis der Gerechtigkeit zum Siege verholfen ist. Möge dem Arbeitsausschuß bei der Verfolgung dieses Zieles zum Heil und zur Ehre unseres Vaterlandes auch künftig Erfolg beschieden sein.

gez. von Hindenburg."

Vom 1. bis 3. Juni wird der Arbeitsausschuß auf dem Weißen Hirsch bei Dresden seine Reichstagung unter dem Gesamtthema „Die Revision des Versailler Friedensvertrages" durchführen. Es sind u. a. folgende Vorträge angemeldet: Dr. Hans Draeger: Revision oder Heiligkeit der Verträge; Dr. Eugen Fischer, Generalsekretär des parlamentarischen Untersuchungsausschusses des Reichstages: Der Stand der wissenschaftlichen Erforschung der Kriegsursachen; Generaloberst a. D. von Seeckt, M. d. R.: Die Abrüstung; Ernst Lemmer, M. d. R.: Die Ostgrenze; Landrat z. D. Gottheiner, M. d. R.: Die Lage Ostpreußens; Professor Dr. Grimm, Essen: Danzig und der Korridor; Prälat Ulitzka, M. d R.: Oberschlesien; Reichsbankpräsident a. D. Dr. Schacht: Das Ende der Reparationen; Geheimer Professor Dr. Mendelsohn-Bartholdy: Wie lange kann und darf Deutschland im Völkerbund bleiben?; Gesandter a. D. Riedl: Paneuropa.

Nur ein Thema vermissen wir in dem Kranz bedeutsamer Referate: „Clemenceaus Lüge von den 150 000 Saarfranzosen".

Die elsässisch-saarländischen Wirtschaftsbeziehungen

Unter dem Titel „Die Entwicklung der Handelsbeziehungen des Elsaß seit dem Krieg" ist dieser Tage eine bemerkenswerte Arbeit von Dr. Alphonse Barthelmé erschienen (Verlag Istra, Straßburg-Paris). In anerkennenswert objektiver Weise behandelt der Verfasser die mannigfachen wirtschaftlichen Probleme seiner Heimat und ihre Entwicklung unter deutschem und französischem Regime. Ein besonderes Kapitel ist den Beziehungen des Elsaß mit dem Saargebiet gewidmet.

Nachdem einleitend gezeigt wird, daß das Saargebiet einen großen Teil der landwirtschaftlichen Produktion des Ober- und Unterelsaß, sowie Lothringens übernimmt, wird auf die Bedeutung der saarländischen Kundschaft für die Holzausfuhr und insbesondere für die elsässische Textilindustrie hingewiesen, die zwischen 20 und 80 v. H. ihrer Gesamterzeugung im Saargebiet absetzt.

Wir geben dem Verfasser das Wort: „Was die Ausfuhr in das Saargebiet für den elsässischen Handel ganz besonders interessant gestaltet, ist die Tatsache, daß die Saarländer gerade diejenigen Waren im Elsaß kaufen, die in Frankreich nur schwer Absatz finden würden. Dies gilt hauptsächlich für die Konfektion und für die Wirkwarenfabrikate, die Wirkwarenfabrikate, die auf dem innerfranzösischen Markt über die Grenzen des alten Elsaß-Lothringen hinaus noch keinen Fuß fassen konnten. Der Grund hierfür ist zweifellos in der Mode zu suchen, denn die elsässischen Firmen tragen zum großen Teil nur der deutschen Geschmacksrichtung Rechnung. Wenn sie sich einmal auf den französischen Geschmack umgestellt haben werden, so wird ihnen der Verkauf in Innerfrankreich keine Schwierigkeiten mehr machen. Aber dazu gehört eine Umstellung der technischen Ausrüstung sowie der kaufmännischen Methoden. Der saarländische Markt hat bisher solche Maßnahmen nicht notwendig gemacht."

Die Betrachtungen allgemeiner Art, die nach einer eingehenden Würdigung der saarländischen Kohlenlieferungen an das Elsaß den Schluß des Kapitels bilden, verdienen wörtliche Wiedergabe: „Die saarländisch-französische Zollgemeinschaft muß spätestens am 10. Januar 1935 ihr Ende finden. Deutschland versucht inzwischen, eine Verkürzung dieser Frist zu erlangen. Zu diesem Zweck wurden 1929 zwischen dem Reich und Frankreich Verhandlungen eingeleitet, die bereits kurz vor ihrem Abschluß standen, als heftige Proteste der wirtschaftlichen Kreise des Elsaß sie zum Scheitern brachten. Alle elsässischen Handelskammern haben zu diesem Punkt Entschließungen gefaßt, die der Regierung übermittelt wurden. (Es folgt der Wortlaut der Entschließung der Mülhauser Handelskammer, deren Inhalt bekannt ist.)

„Die gegenwärtige Lage kann nur provisorisch sein, da das Saargebiet in vier Jahren wahrscheinlich bedingungslos und ohne irgendwelche zollpolitischen Reserven zu Deutschland zurückkehren muß. Es ist sehr natürlich, daß die elsässischen industriellen und Handelskreise von den vorübergehenden Ausnahmebedingungen profitiert haben und heute noch profitieren. Trotzdem wäre es klug, wenn sie sich um andere Absatzgebiete bemühen würden, bevor der Termin des 10. Januar 1935 da ist. Sie würden unrecht daran tun, zu vergessen, daß die Inflation des elsässischen Ausfuhrhandels mit dem Saargebiet, der einen erheblich größeren Umfang angenommen hat als vor dem Krieg, eine rein künstliche Ursache hat, und daß er nach der Wiedereinverleibung des Saargebiets in das reichsdeutsche Zollgebiet wieder auf sein normales Niveau heruntergehen muß, das sich jedenfalls erheblich unter dem jetzigen befindet. Für verschiedene Industriezweige, insbesondere für die Mehlindustrie, für die Konfektion und Wirkwarenindustrie, wird der Verlust des saarländischen Marktes nur schwer wettzumachen sein.

„Mit der Rückkehr des Saargebietes zu Deutschland fällt die letzte Sonderbestimmung des Versailler Vertrages, die im Sinne ihrer Verfasser zweifellos eine endgültige Regelung darstellen

sollte. Das Elsaß wird dann, aber erst dann, vollkommen innerhalb des wirtschaftlichen Rahmens Frankreichs Platz gefunden haben. Wahrscheinlich wird die elsässische Industrie sich an diesem Zeitpunkt andern Ländern zuwenden müssen, die bisher nur eine Rolle zweiter Ordnung in ihrer Wirtschaftspolitik gespielt haben."

Hierzu bemerkt die „Saarbrücker Landeszeitung", der wir die obigen Mitteilungen entnehmen:

Dr. Barthelmé hat die Verhältnisse gezeichnet wie sie sind. Sein Buch, nicht nur das Kapitel, aus dem wir einige Stellen zitiert haben, bringt in nackten Ziffern und kühlen Argumenten Tatsachen zum Ausdruck, die in Frankreich nur wenig bekannt sind. Die elsässische Industrie kann ihm dafür dankbar sein, daß er ihr die Dinge so ungeschminkt vor Augen führt. Mit Bezug auf das Saargebiet ist Barthelmé bestimmt kein falscher Prophet. Aber wird er deshalb etwas gelten in seinem Vaterland?

Kleine politische Umschau

Französische Militärflieger verletzen die Saargrenze.

Von einer Grenzverletzung durch französische Flieger wird aus dem benachbarten Saarburg berichtet: Um 5,30 Uhr nachmittags überflogen drei französische Flugzeuge einen Teil des Kreises Saarburg und zwar den Ort Eft. Man konnte die Flugzeuge deutlich beobachten, wie sie in geradem Fluge aus der Richtung des lothringischen Gebiets auf den Ort Eft zuflogen und hier über dem Schulhause wendeten, um in südwestlicher Richtung wieder nach dem französischen Gebiet hin zu verschwinden. Die Flughöhe betrug schätzungsweise nicht mehr als 600 Meter. Die Flugzeuge, die von den Bewohnern des Ortes Eft sowie von Arbeitern an den Straßenbauten außerhalb des Ortes beobachtet wurden, konnten einwandfrei an den Kokarden als französische Flugzeuge erkannt werden. Die Veranlassung der Flieger, deutsches Gebiet zu überfliegen, dürfte keineswegs auf Verirrung oder schlechter Sicht beruhen, da das Wetter eine Orientierung nicht beeinflußte. Aller Wahrscheinlichkeit stammen die Flieger aus Diedenhofen.

Kleine Tageschronik

* **Saarbrücken.** Die Abteilungsleiter Ludwig Albert und Edmund Herrmann begingen ihr 25jähriges Dienstjubiläum bei der Firma Gebr. Wildberger. Den Jubilaren wurden Ehrenurkunden der Handelskammer Saarbrücken übermittelt.

* **Schafbrücke.** Die goldene Hochzeit feierten am 5. Mai Direktor Hanenwald und Frau in Schafbrücke bei Saarbrücken, in weiten Bürgerkreisen wohlbekannte und hochgeachtete Persönlichkeiten. Viele Jahre ist Herr Hanenwald noch unter dem verstorbenen Komerzienrat Karl Karcher als Prokurist und Direktor in der Firma Dingler, Karcher & Cie. tätig und bei seinen Mitarbeitern und in der Arbeiterschaft sehr beliebt gewesen. Seine Freunde und Bekannte nehmen innigen Anteil an dem Ehrentag des Hochzeitspaares und gedenken seiner mit den besten Glück- und Segenswünschen.

* **Altenkessel-Neudorf.** Der Oberlehrer Wilhelm Groß feierte sein 25jähriges Jubiläum in Diensten unserer Volksschule.

* **Sulzbach.** Für 25jährige Dienste in der hiesigen Freiwilligen Feuerwehr erhielten die Wehrleute Nikolaus, Schmitt, Johann Schmer, Philipp Koller, Johann Lieser, Jakob Dietzler und Franz Gutensohn das Ehrenzeichen des preußischen Feuerwehr-Verbandes und eine Ehrenurkunde des Feuerwehr-Verbandes der Rheinprovinz.

* **Heiligenwald.** Vor 50 Jahren verheirateten sich die Geschwister Krämer in Heiligenwald, Johann Nikolaus und Elisabeth, an einem Tage. Er ehelichte die Luise Ulrich und sie den Valentin Schwingel. Nun konnten beide Ehepaare gemeinsam ihr Fest der goldenen Hochzeit feiern. Kommentar überflüssig. Nein: dieses seltene Doppeljubiläum gehört eigentlich in der Ortschronik verzeichnet, um so mehr, als sich die beiden Paare in unserer Gemeinde der größten Beliebtheit erfreuen.

* **Altenwald.** In den wohlverdienten Ruhestand getreten ist hier der Rektor unserer katholischen Volksschule Jakob Schöneberger, der über 30 Jahre hindurch segensreich im hiesigen Schuldienste gewirkt hat.

* **Maybach.** Die Sammlungen zur Unterstützung der Leidtragenden des großen Explosionsunglückes auf der Grube Maybach haben insgesamt 272 966 RM. und 2 349 098 Franken ergeben.

* **Wiebelskirchen.** Ein Großfeuer zerstörte hier die Blumsche Mühle mit ihrem gesamten Inventar an Silos, Maschinen und großen Vorräten an Getreide und Mehl. Der gesamte Sachschaden wird vorläufig auf ungefähr 350 000 Franken geschätzt.

* **Ottweiler.** Dem Oberbrandmeister unserer Freiw. Feuerwehr Karl Henn wurde für 40jährige Dienstleitung in der Wehr das Abzeichen in Gold und Ehrenurkunden des preußischen Feuerwehr-Verbandes und des rheinischen Provinzialverbandes verliehen.

* **Felsberg.** Das sogenannte Donnerkreuz, ein altes Wahrzeichen, das zwischen Ober- und Unterfelsberg errichtet war und dem Schutze der Allgemeinheit unterstellt war, ist von leider unerkannt gebliebenen Burschen vollständig zerstört worden. Das Kreuz war zur Erinnerung an einen dort vom Blitze Erschlagenen errichtet worden.

* **Merzig.** Für treue Dienstleistung in unserer Freiwilligen Feuerwehr wurde dem Wehrmann Katzenmeier für 25jährige Dienste das Ehrenkreuz des Preußischen Feuerwehrverbandes, die Ehrenurkunde des rheinischen Feuerwehrverbandes und namens der Stadt eine Uhr mit Widmung überreicht.

* **Merzig.** Der Fabrikoberaufseher K. Bohr feierte sein 40jähriges Jubiläum im Dienste der Firma Villeroy und Boch.

* **Mettlach.** Mit der Stillegung der Fabrik von Villeroy & Boch wird nunmehr ernst gemacht. Die Abmontierung der Motore usw. und der Abtransport hat begonnen. Der Restbetrieb der Fabrikation, der noch 300 Personen beschäftigt, wird in etwa 14 Tagen erledigt sein. Erfreulich ist, daß die Firma Villeroy & Boch in Mettlach sich bis auf weiteres bereit erklärt hat, die bisherigen Pensionen der Arbeiter und Angestellten sowie für die zur Entlassung kommenden Leute, die das 50. Lebensjahr erreicht haben, ebenfalls die Pensionsbeträge durch die St. Antoniuskasse zur Auszahlung zu bringen. Die Altersunterstützung erfordert den jährlichen Aufwand von 240 000 Franken. Die Firma scheint auch ihre sonstigen Gebäude abzustoßen; denn sie hat das Münchner Kind'l, in welchem früher der Fabrikkonsum untergebracht war, verkauft.

* **Mettlach-Keuchingen.** Pfarrer Roman Koll, der seit 10 Jahren in der hiesigen Gemeinde wirkt, beging sein 25jähriges Priesterjubiläum, aus welchem Anlaß ihm zahlreiche Ehrungen erwiesen wurden.

* **Ommersheim.** Der Bau des neben unserer Kirche errichteten Denkmals für die im Weltkriege Gefallenen ist nunmehr zum Abschluß gebracht worden. Man hat auf äußeren Zierrat verzichtet und aus großen Sandsteinblöcken aus dem Gemeindegelände einen massiven Mauerblock errichtet, in dessen Seitenflächen die Inschriftplatten mit den Namen der aus unserer Gemeinde Gefallenen eingelassen sind. So wirkt das Denkmal durch seine betonte schlichte Einfachheit. Die Einweihung soll in der nächsten Zeit vollzogen werden.

* **St. Ingbert.** Der Zimmermeister Georg Uhl beging hier sein 20jähriges Jubiläum als Bezirksfeuerwehr-Inspektor. Uhl, der schon 42 Jahre der hiesigen freiwilligen Feuerwehr angehört, hat sich große Verdienste um das Feuerlöschwesen in unserer Stadt erworben.

* **St. Ingbert.** Auf ein 75jähriges Bestehen kann hier die Firma Eisen- und Holzhandlung von Joseph Beer Söhne zurückblicken. Dank der Geschäftstüchtigkeit der Inhaber hat sich die Firma aus kleinen Anfängen zu einer beachtlichen Bedeutung entwickelt. — Der hiesige Verein ehemaliger 18er ehrte in seiner letzten Sitzung die beiden Mitglieder Jakob Heintz und Ludwig Hofmann, die vor 50 Jahren als aktive Soldaten dem neugegründeten Regiment zugeteilt wurden.

* **Homburg.** Der Vorstand des bayrischen Landesvereins vom Roten Kreuz verlieh das Ehrenkreuz zweiter Klasse am roten Bande für Verdienste um die Rote Kreuz-Sache an Frau Emma Riedhammer, Frau Maria Stubenrauch in Homburg und an Frau Auguste Rexroth, Frau Hermine Boer und Frau Minna Barth in St. Ingbert. — Unter allgemeiner Anteilnahme wurde hier unser verstorbener Ortspfarrer Jung zu Grabe getragen. Vor der Beisetzung fand ein Trauer-Gottesdienst in unserer Kirche statt, vor deren Altar der Sarg aufgebahrt war. Die Trauerrede hielt Dechant Albrecht, der die großen Verdienste des Verstorbenen um die Gemeinde würdigte.

* **Mittelbexbach.** Der Leiter der hiesigen katholischen Knabenschule, Rektor Franz Joseph König, ist mit dem 1. April in den wohlverdienten Ruhestand getreten. Dem verdienten Schulmann wurde in einer Abschiedsfeier die Anerkennung als des stets diensteifrigen, erfolgreichen, grundsatzfesten und treudeutschen Jugenderziehers. Rektor König hat 46 Jahre in Diensten der Schule gestanden und davon rund 30 Jahre hier in unserer Gemeinde gewirkt. In einem Dankeswort ermahnte Rektor König seine ehemaligen Schüler auch zur Treue zum deutschen Vaterlande.

Personalnachrichten

* **Stadtoberamtmann Friedrich Echt-Saarbrücken †.** Am 23. April 1931 ist der Vorsteher des städtischen Gesundheitsamtes Herr Stadtoberamtmann Friedrich Echt im Alter von 47 Jahren nach kurzer schwerer Krankheit verschieden. Seit 12. April 1898 im Dienste der Stadt Saarbrücken, hat der Verstorbene sich als eifriger und befähigter Verwaltungsbeamter bewährt und durch seine hervorragenden Charaktereigenschaften und sein soziales Verständnis, die Achtung und Wertschätzung seiner Vorgesetzten, Mitarbeiter und Mitbürger erworben. Besonders verdient machte sich, so heißt es in dem Nachruf des Herrn Oberbürgermeister Dr. Neikes, der Verstorbene um den Aufbau des städtischen Gesundheitsamtes, dessen Aufgaben er mit klarem Blick erkannte und für das er seine Kräfte bis zum letzten Atemzuge einsetzte. Der Turn- und Sport-Verein St. Arnual von 1884 widmet dem Dahingegangenen einen ehrenvollen Nachruf, in dem es heißt: „Schmerzerfüllt geben wir den Mitgliedern unseres Vereins und sämtlichen Turnfreunden von dem Hinscheiden dieses treuen Turnbruders Kenntnis, der durch seine vorbildliche Arbeit, die zähe Verfolgung seiner Ziele mitbestimmend auf die Entwicklung unseres Vereins einwirkte. Der Verstorbene trat dem Verein im Jahre 1922 bei. Sein reger Eifer für unsere geliebte Turnsache lenkte bald die Aufmerksamkeit auf ihn und man berief ihn bereits im Juli 1922 in das Amt des 1. Schriftführers. Im Jahre 1925 übernahm er das Amt des 1. Vorsitzenden. In diesem Amt, in dem er sich in ganz hervorragender Weise betätigte, erwarb er sich besondere Verdienste. Am Vereinsleben hat sich der Verstorbene mit seltenem Geschick beteiligt und sein Rat wurde von uns immer beachtet. In den Herzen der Mitglieder unseres Vereins hat er sich ein Denkmal gesetzt, dauernder als Erz und Stein, und solange der Turn- und Sportverein St. Arnual von 1884 besteht, wird sein Name stets mit Ehren genannt werden." Seine Beisetzung gestaltete sich zu einer Trauer-Kundgebung der Saarbrücker Turnerschaft, an der sich auch Teilnehmer aus allen Kreisen der Saarbrücker Bürgerschaft beteiligten. An der Bahre des Verstorbenen sprachen Pfarrer Döring, der 2. Vorsitzende des Turnvereins St. Arnual, Bruch, und als Vertreter der Stadt Beigeordneter Kuhring, sowie der Gauvertreter Burk. Zum ehrenden Gedächtnis ihres langjährigen ersten Vorsitzenden hat die St. Arnualer Turnerschaft beschlossen, den Turnersaal im Turnerheim „Echt-Saal" zu benennen.

* **Pastor Föhr, früher Friedrichstal-Bildstock †.** Der frühere langjährige Seelsorger der kath. Pfarrei Friedrichsthal-Bildstock, dem es am 19. März d. J. noch vergönnt war, sein 40jähriges Priester-Jubiläum zu feiern, ist in Wehlen a. d. Mosel, wohin er von hier aus berufen wurde, am 24. April gestorben. Diese Nachricht hat nicht nur unter den Katholiken, sondern auch unter den Andersgläubigen, tiefste Trauer ausgelöst, denn der Verstorbene war ein Priester im wahrsten Sinne des Wortes, der keinen Haß und auch keinen Neid kannte, sondern der nach Gottes Geboten und nach Christi Vorbild: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst!", seinen verantwortungsvollen Priesterberuf ausübte und sich dadurch nicht nur das Vertrauen seiner eigenen Pfarrangehörigen, sondern der ganzen Gemeinde erwarb. Dem Verstorbenen war es stets ein Herzensbedürfnis, den konfessionellen Frieden zu wahren und überall nur Liebe zu säen, wie es auch die Pflicht eines würdigen Priesters nach dem Herzen Gottes ist! Dadurch hat sich auch der Verstorbene ein Denkmal in die Herzen aller Gemeindebürger gesetzt, die ihn nie vergessen werden!

* **Stadtgartendirektor Max Vielmuth** in Saarbrücken ist im Alter von 49 Jahren plötzlich einem Herzschlag erlegen. Vielmuth stand seit 25 Jahren in den Diensten der Stadt. Er hat sich große Verdienste um die gärtnerische Ausgestaltung unserer öffentlichen Anlagen erworben, die heute mit denen vieler größerer Städte erfolgreich konkurrieren können. Die wunderschönen Anlagen am Staden, die Rosenanlage gegenüber dem Hafen, der Naturpark am Deutschmühlenweiher, um nur einiges zu nennen, sind vornehmlich sein Werk, und wenn sich die Bürger unserer Stadt bei ihren Spaziergängen dieses reichen Naturschmuckes erfreuen, so werden sie auch eines Vielmuth in Ehren gedenken, der in seiner ausgeprägten Liebe zur Natur hier bahnbrechend gewirkt hat. In dem Nachruf des Oberbürgermeister Neikes heißt es: „Mit großer Berufsfreude und vorbildlichem Pflichteifer hat er den Ausbau und die Verwaltung der Friedhöfe und Grünanlagen der Stadt geleitet. Er hat sich hierbei als ein hervorragender Gartenfachmann bewährt und sich durch sein Werk auch in den Herzen seiner Vorgesetzten, Mitarbeiter und Mitbürger ein dauerndes Denkmal gesetzt." Den Bestrebungen des „Saarverein hat er stets warmes Interesse entgegengebracht, auch er hätte gern die Stunde der Befreiung unserer lieben Saarheimat von dem harten Joch miterlebt. Th. V.

* **Der frühere Leiter der Grubenkapelle Reden J. Voltmer** ist in Reden im Alter von 80 Jahren verstorben. „Der alte Voltmer", wie er in den Kreisen der Bergleute allgemein genannt wurde, erfreute sich auch über Reden hinaus großer Beliebtheit. Neben einem guten Musiker war er auch ein aufrechter deutscher Mann, der auch den Franzosen gegenüber als den neuen Grubenherren sein Deutschtum offen bekannte. Zum Beweise dessen erzählt die „Saarbr. Ztg." aus unserer jetzigen „Franzosentid" ein köstliches Stückchen von dem alten Voltmer, das wir unseren Lesern hier nicht vorenthalten wollen, denn es wird ein behagliches Schmunzeln auslösen und dem Gedächtnis an den Heimgegangenen in Ehren dienen:

Kapellmeister Voltmer stand in den ersten Jahren nach der Uebernahme der Gruben durch die Franzosen während einer Musikpause vor seinem Notenpult und sah mit zufriedenem Lächeln auf die zahlreichen Besucher des Nachmittagskonzertes im Grubenkasino. In früheren Zeiten kannte man da meistens nur deutsche Stücke, doch mußte man heute dem Wunsch des neuen Arbeitgebers Rechnung tragen, was naturgemäß der Mehrheit der Besucher nicht recht gefiel. Als dann von mehreren Seiten der Wunsch nach dem Preußenmarsch laut wurde, ließ sich unser alter, kerndeutscher Kapellmeister das nicht zweimal sagen. Ein paar Worte an die treue Kapelle, ein kurzes Tippen auf den Notenständer und mit Wucht brauste der bekannte zündende Preußenmarsch durch die Räume. Jeder der etwa 40 Mann starken Grubenkapelle gab, was er konnte, so daß es eine Lust war, den alten wohlbekannten Klängen zu lauschen. „Ich bin ein Preuße", jauchzte es befreiend in jeder Seele, klang es durch die weiten Hallen und warf ein hundertfaches Echo. Die Zuhörer waren im ersten Augenblick sprachlos ob dieses offenen Bekenntnisses. Als der letzte Takt verklungen war, setzte ein nicht endenwollender Beifall ein, derart stark, daß auch die anwesenden Franzosen in ihrer Unkenntnis einstimmten! Schon kommt auch der Chef der Grubenverwaltung auf unsern Kapellmeister, einen früheren Musiker der 30er, zu, klopft ihm freundlich auf die Schulter und sagt: „Das ist ein gutter, feiner Stick, wie eist er?" Unser biederer Landsmann reißt die Hacken zusammen, murmelt etwas in seinen schönen grauen Bart, das der „Prinzipal" wohl vergeblich in allen deutschen Wörterbüchern gesucht hätte. Natürlich fand sich nach einigen Tagen der „rechte Mann", der dem Chef die nötige „Aufklärung" zuteil werden ließ, der naturgemäß, als der „gutter feiner Stick" als Marsch „de Prussien" offenbar wurde, ein gar verblüfftes Gesicht machte und sich verlegen hinter den Ohren kratzte. — Wenige Stunden darauf hatte unser Kapellmeister für seinen Marsch den Abschied, den er jedoch mit leichtem Herzen aufgenommen hat. Gern erzählte der nun verstorbene „alte Voltmer" mit leuchtenden Augen, wie er den Franzosen im „Klinkedal" de Preißemarsch gespielt hat!

* **Landmesser Wilh. Fischer-Neunkirchen †.** Im Alter von 58 Jahren verstarb am 29. April in Neunkirchen Herr Landmesser Wilh. Fischer, Hauptmann d. L. und Ritter des E. K. II. Als Kompagnieführer im Landsturmbataillon Hagenau I wurde er Ende Januar 1915 im Gefecht bei Blnir-Vodezelin schwer verwundet und geriet in russische Gefangenschaft, viele Jahre bis zur Beendigung des Weltkrieges. Er war ein tüchtiger Offizier und lieber Kamerad, den alle, die ihn gekannt haben, ein ehrendes Andenken bewahren werden. Th. V.

* **Oberregierungsrat Paul Hoffmann in Berlin 50 Jahre alt.** Am 26. April konnte der Leiter des Arbeitsausschusses der Arbeitsgemeinschaft landsmannschaftlicher Verbände in Berlin seinen 50. Geburtstag feiern. Nur wer mit ihm in langjähriger Zusammenarbeit im Interesse der deutschen Grenzpolitik erfahren durfte, mit welcher Liebe und Treue er sich dieser Arbeit widmete, der wird verstehen, daß ihm an seinem 50 Geburtstag aus allen Kreisen der rund 200 landsmannschaftlichen Vereine in Berlin herzliche Wünsche für sein persönliches Wohlergehen und für eine weitere langjährige Zusammenarbeit dargebracht wurden. Der Jubilar ist Ostpreuße und übernahm im Juni 1923 den Vorsitz des Bundes Heimattreuer Ostpreußen Berlin. Von hier aus laufen die Fäden zu den einzelnen landsmannschaftlichen Verbänden, bis sie schließlich zu gleichgerichteter nationaler Arbeit in der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Landsmannschaften zusammenflossen. In Hunderten von gemeinsamen Veranstaltungen zum Besten der entrissenen oder bedrohten Grenzgebiete hat sich diese landsmannschaftliche Zusammenarbeit erfolgreich bewährt. Oberregierungsrat Hoffmann war stets die Seele dieser nach außen dringenden und in die Tiefe gehenden Aufklärungs- und Aufrüttlungsarbeit. Es war eine Selbstverständlichkeit, daß im Interesse der Heimatarbeit Oberregierungsrat Hoffmann zum Leiter der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Landsmannschaften erkoren wurde. Durch ihn wurde die nationale Zielstrebigkeit landsmannschaftlicher Betätigung im Interesse deutscher Grenzarbeit gewährleistet und gefördert. Geschäftsstelle und Bund der Saarvereine haben mit Herrn Oberregierungsrat Hoffmann stets im besten Einvernehmen und harmonischer Zusammenarbeit gestanden. Er hatte nicht nur volles Verständnis für ihre Arbeit, sondern auch ein offenes Ohr für die mancherlei Sorgen des Saarvereins bei der Aufbringung seiner Mittel und bei der Durchführung seiner Arbeit. Es ist ihnen daher ein Herzensbedürfnis, mit ihrem Glückwunsch zu seinem 50. Geburtstag auch den Dank zu verbinden für die treue Mitarbeit und den landsmannschaftlichen Kameradengeist. In einem Glückwunschschreiben hat der Leiter der Geschäftsstelle Saarverein der großen Verdienste gedacht, die sich Herr Hoffmann um die landsmannschaftlichen Vereine und Ver-

bände Berlins erworben und durch die Betonung der Schicksalsverbundenheit von Ost und West für alle Zeiten festgelegt hat.

* **Hohes Alter.** Seinen 70. Geburtstag beging der frühere Buchdruckereibesitzer Karl Wildt in Sulzbach — den 87. Geburtstag die Witwe Elisabeth Augustin in Sulzbach — den 89. Geburtstag der älteste Einwohner von Fraulautern Johann Ahrweiler-Rues — den 89. Geburtstag die älteste Einwohnerin von Auersmacher Witwe P. Munz — den 82. Geburtstag die Witwe Maria Backes in Saarbrücken — den 80. Geburtstag Johann Bläs in Ensheim, ein Mitbegründer unserer Freiwilligen Feuerwehr, der er noch jetzt im 61. Jahre aktiv angehört — den 94. Geburtstag die älteste Bürgerin von Saarbrücken Frau Lischefsky — den 82. Geburtstag der pensionierte Bergmann Michael Müller in Guidesweiler — den 90. Geburtstag Frau Barbare Klein in Holzmühle.

* **Die goldene Hochzeit** feierten die Eheleute Karl Förster und Luise, geb. Kunkel — die Eheleute Johann Nikolaus Krämer und Frau Luise, geb. Ulrich und Valentin Schwingel und Frau Elisabeth, geb. Krämer in Heiligenwald.

* **Sein 25jähriges Redakteurjubiläum** konnte am 1. Mai Chefredakteur Richard Posselt in Berlin (früher Redakteur der Saarbrücker Zeitung) begehen. Posselt leitet bekanntlich ehrenamtlich unsern „Saar-Freund".

Personalnachrichten.

Todesfälle. Saarbrücken: Frau Frieda Gogarten, geb Schiel; Frau Wwe. Jakab Lütticken, geb. Sofie Wagner, 72 Jahre; August Müller, 70 Jahre; Stadtgartendirektor Max Vielmuth, 50 Jahre; Frau Margarete Merscher, geb. Paul, 64 Jahre; Peter Altenhofen, 55 Jahre; Rechnungsführer Willy Maubach, 37 Jahre; Erwin Wörner, 51 Jahre; Regina Isaac; Frau Wwe. Elisabeth Jungck, geb. Jung; Eisenbahn-Oberschaffner Christian Kappel, 47 Jahre; Gastwirt Wilhelm Lisch, 46 Jahre; Schneidermeister Jakob Bäumchen, 67 Jahre; Frau Wwe. Gertrude Münster, geb. Gunther, 75 Jahre; Frau Luise Katherine Schank, geb. Nickel, 52 Jahre; Stadtbote Adam Emmerich, 56 Jahre; Stadtoberamtmann Fritz Echt, 47 Jahre; Rentner Richard Lamarche, 72 Jahre; Adolf Philipowitz, 86 Jahre; Frau Wwe. Elisabeth Hellbrück, geb. Gerber, 62 Jahre; Dipl.-Ing. Ludwig Priknow, 46 Jahre; Frau Lina Weyand, geb. Butz, 47 Jahre; Georg Scheidthauer, 55 Jahre; Frau Elfriede Rosenkränzer, geb. Schley, 51 Jahre; Frau Maria Walter, geb. Barthel, 71 Jahre; Frau Wwe. Elise Kalkoffen, geb. Klein, 46 Jahre; Andreas Bungert, 17 Jahre; Kaufmann August Gudenius, 72 Jahre; Frau Adolf Knörr, geb. Magdalena Benkert, 61 Jahre; Frau Maria Kade, geb Fröhse, 71 Jahre; Amalie Brenner, 68 Jahre; Walter Rudolf, 16 Jahre; Frau Wwe. Emilie Uwer, geb. Kuhnen, 75 Jahre; Pensionär Nikolaus Schneider, 69 Jahre; Frau Magdalena Elgas, geb. Forster, 77 Jahre; Friedrich Reinsch, 60 Jahre; Frau Johann Schaefer, geb. Helene Tamblé, 80 Jahre; Ernst Andreß 44 Jahre; Verwaltungsoberrentmeister Robert Zirbes, 46 Jahre; Frau Katharina Kräuter, geb Bauer, 73 Jahre. — **Metz:** Heinrich Goldschmitt, 59 Jahre. — **Wiesbaden:** Frau Leonie von Boch, geb. Reverchon, 63 Jahre. — **Bonn:** Frau Wwe. Wilhelm Brech, geb Sophie Hoos, 61 Jahre. — **Krefeld:** Ingenieur Heinrich Paris, 48 Jahre. — **Brebach:** Michael Latz, 63 Jahre. — **Schafbrücke:** Karoline Raß, 65 Jahre. — **Bischmisheim:** Frau Amalie Becker, geb. Kuntz, 37 Jahre. — **Güdingen:** Eisenbahnschlosser Otto Lind, 45 Jahre; Frau Sofie Breuer, geb. Geelen, 78 Jahre. — **Fürstenhausen:** Konrad Kappel, 80 Jahre. — **Geislautern:** Heinrich C. Kurtz, 65 Jahre. — **Rockershausen:** Polizeiwachtmeister a. D. Karl Wilhelm Schmidt, 76 Jahre. — **Ottenhausen:** Georg Großjean, 54 Jahre. — **Wehrden:** Spediteur Matthias Schottler, 74 Jahre; Oberschiffer Georg Sauer, 78 Jahre. — **Ludweiler:** Frau Wwe. Luise Bachelier, geb. Klos, 66 Jahre. — **Großrosseln:** Joseph Neurohr, 23 Jahre. — **Völklingen:** Frau Ida Naskrent, geb Falk; Frl. Margarete Heubel; Sandformer Friedrich Sorg, 74 Jahre; Hans Hansel, 31 Jahre; Frau Elisabeth Neumann, geb. Zimmer, 45 Jahre. — **Neuforweiler:** Gemeindevorsteher Peter Abeck, 49 Jahre. — **Fenne:** Frau Wwe. Marg. Schütz, geb. König, 74 Jahre. — **Großwald b. Altenkessel:** Frau Karl Klein, geb. Helene Ludwig, 74 Jahre. — **Neudorf:** Frau Henriette Ries, geb. Müller, 45 Jahre; Christian Kämmer, 93 Jahre; Frau Ludwig Zeller, geb Neutzling, 54 Jahre; Grubenhüter a. D. Heinrich Jung, 67 Jahre. — **Heusweiler:** Maurermeister Johann Nimmesgern, 70 Jahre; Frau Karoline Bolduan, geb. Koch, 46 Jahre. — **Lebach:** Malermeister Wilhelm Britz, 53 Jahre. — **Herrensohr:** Fördermaschinist Matthias Kuhn, 63 Jahre; Nikolaus Koch, 81 Jahre. — **Dudweiler:** Jakob Holtz, 27 Jahre; Franz Scheider, 24 Jahre; Peter Dossing sen., 78 Jahre; Frl. Katharina Woll, 82 Jahre. — **Sulzbach:** Frau Anna Emanuel, geb. Schwarz, 43 Jahre; Frau Nikolaus Lang, geb. Kath. Müller, 54 Jahre; Frau Katharina Angel, geb. Backes, 55 Jahre; Fördermaschinist Friedrich Mohrhardt, 57 Jahre; Pensionär Friedrich Philipp Franz, 52 Jahre; Verwaltungssekretär Ludwig Gräber, 35 Jahre. — **Friedrichsthal:** Josef Thiel, 79 Jahre; Frau Wwe. Kaul Jung, geb. Charlotte Tobae, 76 Jahre; Frau Maria Lucas, geb. Ritz, 50 Jahre. — **Bildstock:** Frau Maria Spang, geb. Bernardie, 79 Jahre; Frau Angela Schnur, geb. Junker, 50 Jahre; Pfarrer Nikolaus Föhr. — **Spiesen:** Rudolf Klein, 35 Jahre. — **Elversberg:** Frau August Germesin, geb. Karoline Scherer, 56 Jahre; Frau Elise Herzog, geb. Haußler, 53 Jahre. — **Fischbach:** Frau Karl Köhler, geb. Elisabeth Kügler, 53 Jahre. — **Hühnerfeld:** Frau Thekla Meiser, geb. Schäfer, 25 Jahre. — **Landsweiler:** pens. Hüttenarbeiter Friedrich Gebel, 68 Jahre; Frau Wwe. Johann Becker, geb. Welter, 76 Jahre. — **Schiffweiler:** Kapellmeister i. R.. Josef Voltmer, 80 Jahre; Gemeindevorsteher Nikolaus Schmidt, 58 Jahre. — **Neunkirchen:** Wilhelmine Michel, geb. Groß. 46 Jahre; Frl. Maria Herber, 17 Jahre; Frau Klara Petry, geb. Scheidhauer 31 Jahre; Frau Wwe. Karoline Welker, geb. Rimmlinger, 68 Jahre; Frau Margarete Threm, geb. Dorst, 78 Jahre; Oberlokomotivführer Ludwig Scheidt, 56 Jahre; Ferdinand Bertossi, 44 Jahre; Heinrich Lachmann, 52 Jahre; Oberlandjägermeister Wilhelm Müller, 62 Jahre; Frau Maria Emmrich, geb. Rohnke, 54 Jahre; Frl. Maria Schick, 24 Jahre; Eisenbahnassistent a. D. Emil Berth. Engelmann, 70 Jahre; Frau Wilhelmine Spengler, geb. Händchen, 73 Jahre; Frau Alois Holzhauser, geb. Günther, 67 Jahre; August Lorenz, 73 Jahre; Frau Katharina Wendel, geb. Schwehm, 66 Jahre; Chr. Wilhelm Freyer, 65 Jahre; Justizobersekretär Max Rau, 29 Jahre; Jakob Pirrung, 90 Jahre; Frau Käthe Krumm, geb. Iwig, 56 Jahre; Frau Julius Müller, geb. Heltesheimer, 50 Jahre. — **Wiebelskirchen:** Erich Müller, 20 Jahre; Auguste Hollinger, 23 Jahre; Georg Wolfanger, 72 Jahre; Frau Charlotte Sicks, geb. Georg, 54 Jahre. — **Wellesweiler:** Schreinermeister Daniel Zinsmeister, 56 Jahre. — **Ottweiler:** Frau Luise Umlauf, geb. Presser, 66 Jahre; Emilie Hopf, 54 Jahre; Frau Gertrud Pusch, geb. Thomé; Christian Alt, 66 Jahre; Frau Wwe. Katharina Kötz, geb. Kötz, 78 Jahre; Frl. Eleonore Philippi, 60 Jahre; Frau Sophie Sticher, geb. Sticher, 78 Jahre. — **St. Wendel:** Franz Ohlmann, 56 Jahre; Lehrer a. D. Jakob Becker, 72 Jahre; Eisenbahnarbeiter Johann Krämer, 39 Jahre. — **Hofterhof b. Illingen:** Feldhüter Jakob Baltes, 67 Jahre. — **Dillingen,** Frau Nikolaus Mayer, geb. Sophia Himbert, 68 Jahre; Frau Heinrich Müller, geb. Kath. Stark, 54 Jahre; Wilhelm Wolke, 16 Jahre; Handelsgärtner Ludwig Wischan, 29 Jahre; Frau Wwe. Elisabeth Matheis, geb. Steinmann, 73 Jahre; Frau Peter Quinten, geb. Kath. Schneider, 68 Jahre; Obermeister a. D. Friedrich Wilhelm Els, 64 Jahre; Martha Fellinger, 24 Jahre. — **Pachten:** Frau Barbara Fisch, geb. Zimmermann, 70 Jahre. — **Ensdorf:** Frau Margarete Gertrud Fries, geb. Hiery, 24 Jahre. — **Düppenweiler:** Oberbriefträger i. R. Nikolaus Schon, 63 Jahre. — **Labach:** Frau Johann Maas, geb. Marg. Keller, 70 Jahre. — **Dieflen:** Johann Groß, 42 Jahre. — **Griesborn:** Josef Wierig, 47 Jahre; Lina Sprenger, 66 Jahre; Frau Wwe. Nikolaus Klein, geb. Barbara Andre, 76 Jahre. — **Saarlouis:** Frau Wwe. Ludwig Börckel, geb. Maria Hauck, 72 Jahre; Frau Victor Hany, geb. Marg. Altmeyer, 33 Jahre; Frau Paul Servet, geb. Gertrude Wirtz, 29 Jahre; Frau Anna Leist, geb. Martin; Frau Wwe. Susanne Koch, geb. Zellner, 80 Jahre. — **Fraulautern:** Stellmachermeister Stefan Schmitt, 65 Jahre. — **Büdingen:** Anna Maria Barbara Dechang, 16 Jahre; Landwirt Nikolas Pitsch, 77 Jahre. — **Besseringen:** Landwirt Johann Lorenz, 80 Jahre; pens. Fabrikarbeiter Johann Kurchten, 65 Jahre. — **Merzig:** Elisabeth Dillschneider, 24 Jahre; Frau Karoline Kohl, geb. Marx, 67 Jahre; Frau Josef Steuer, geb. Johanna Jung, 56 Jahre; Daniel Bonnem, 68 Jahre. — **Saarhölzbach:** Dechant Nikolaus Wallig, 76 Jahre. — **St. Ingbert:** Blechschmied Bernhard Rung, 76 Jahre; pens. Bergmann Heinrich Selzer, 75 Jahre; Frau Karoline Gries, geb. Beck, 63 Jahre; pens. Bergmann Jakob Andres, 81 Jahre; Franziska Flick, 26 Jahre; Konrad Pflug, 74 Jahre; Schreiner Arthur Karl Praß, 21 Jahre; Frau Amalie Priester, geb. Gebhardt, 70 Jahre; Frau Wwe. Katharina Eller, geb. Heß, 55 Jahre; Schlosser Rudolf Klein, 29 Jahre; Frau Elisabeth Schwarz, geb. Schwarz, 74 Jahre. — **Hassel:** Peter Becker, 71 Jahre. — **Rohrbach:** Frau Maria Abel, geb. Stuppi, 48 Jahre. — **Blieskastl:** Frau Barbara Schumacher, geb. Servas; Frau Rosa Janton, geb. Schumacher.

Vom Bund der Saarvereine

*Die Ortsgruppe Berlin hielt am Mittwoch, den 15. April, im Restaurant „Zum Heidelberger" ihre Jahres-Mitgliederversammlung ab, in welcher zunächst der Bericht über die Tätigkeit der Ortsgruppe Berlin durch den 1. Vorsitzenden, Herrn Rechtsanwalt und Notar Spengler, verlesen und einstimmig genehmigt wurde. Es folgte dann Rechnungsablage und Entlastung des Vorstandes, nachdem Herr Musikoberlehrer Röller über die Kassenlage der Ortsgruppe eingehend berichtet und den Revisionsbericht mit dem Antrag auf Entlastung vorgelegt hatte. Für die Geschäftsstelle „Saar-Verein" und die Halbmonatsschrift „Saar-Freund" wurden 450 RM. bzw. 300 RM. bewilligt mit dem Beschluß, daß die Summe von 450 RM. eventuell auf 600 RM. erhöht werden kann. Bei der Neu- bzw. Wiederwahl des Vorstandes teilte Herr Rechtsanwalt und Notar Spengler in aller Kürze die Gründe mit, die ihn veranlassen, das Amt des 1. Vorsitzenden niederzulegen, die lediglich darin gipfeln, daß er dienstlich so stark in Anspruch genommen ist, daß er nicht mehr in der Lage sei, die Geschäfte eines 1. Vorsitzenden weiter zu führen. Herr Eisenbahnpräsident i. R. Brosche, früher Saarbrücken, leitete daraufhin die Neuwahl, deren Ergebnis war, daß Herr Oberbergrat M. Heckel, einer alt eingesessenen Saarbrücker Familie entstammend, gewählt wurde. Nachdem Herr Eisenbahnpräsident i. R. Brosche Herrn Rechtsanwalt und Notar Spengler für seine bisherige erfolgreiche Tätigkeit für die Ortsgruppe unter dem Beifall Aller aufrichtigen Dank gesagt hatte, erklärte Herr Oberbergrat Heckel sich bereit, die auf ihn entfallende Wahl zum 1. Vorsitzenden anzunehmen, und zwar seinem Wunsche nach nur vorübergehend und nur solange, bis sich eine andere jüngere Persönlichkeit für diesen Posten gefunden habe. Die nun folgende Neuwahl des Vorstandes hat folgendes Ergebnis: 2. Vorsitzender Herr Verwaltungsdirektor Th. Vogel, 1. Schriftführer Herr Stumbillig, 2. Schriftführer Herr Apotheker Bubel, 1. Kassierer Herr Röller, 2. Kassierer Herr Labbé. Als Beisitzer wurden gewählt Frau Geheimrat Hueck, Herr Rechtsanwalt und Notar Spengler und Herr Amtsrat Hellwig, sowie Herr Major Wartenberger. Hierauf wurde in die Beratung für die Werbearbeit für die Ortsgruppe und für den „Saar-Freund" eingetreten. Es lag ein Vorschlag des Herrn Verwaltungsdirektor Vogel vor, allen Mitgliedern der Ortsgruppe Berlin den „Saar-Freund" unter einer gewissen Anrechnung der Jahresbeiträge, in Berücksichtigung des alljährlich geleisteten Zuschusses zu Verfügung zu stellen, ein Vorschlag, der einstimmig angenommen wurde. Mit der Angelegenheit soll sich der Vorstand demnächst weiter befassen. Die Benennung der Vertreter der Ortsgruppe für die 11 Tagung des Bundes der Saarvereine in Neustadt a. d. H. soll dem Vorstand überlassen bleiben. Im Jahre 1931 soll von weiteren Festlichkeiten möglichst Abstand genommen und die Arbeit auf die eigentliche ernste Tätigkeit beschränkt bleiben. Zum Schluß wurde noch angeregt, kräftig Propaganda zu machen für den Besuch des Saargebiets unter der Parole „Jeder muß einmal im Saargebiet gewesen sein". In der Presse und bei jeder anderen Gelegenheit soll darauf mit allen Kräften hingewiesen werden.

Ortsgruppe Düsseldorf. In der Monatsversammlung am 15. April im Vereinslokal, Restaurant Schummer, Bahnstraße 76, hielt der Vorsitzende, Herr Studienrat Dr. Kill, einen sehr instruktiven Vortrag über die augenblickliche Lage im Saargebiet. Vor allem zeigte er auf die erneute französische Propaganda-Offensive hin, die als Endziel den „autonomen Saarstaat" hat. Er beleuchtete die verschiedenen Phasen dieses Kampfes und die raffinierten Methoden, die man französischerseits dabei angewandt hat und noch täglich anwendet. Der Vortragende ging scharf ins Gericht mit den Helfershelfern der französischen Propaganda im Saargebiet, mit den von landfremden Elementen gegründeten und geförderten drei Vereinen: „Warndtbund", „Verband der Saarbergleute" und Micum-Verband „Bedab". Zum Schlusse entwarf der Redner ein Bild des besonders in letzten Wochen hervorgetretenen Saarschulskandals, des heiß entbrannten Kampfes um die Erhaltung der deutschen Schule an der Saar, schilderte die verwerflichen Druck- und Werbemethoden für die französischen Domanialschulen und die geschlossene und entschlossene Abwehrstellung der gesamten treudeutschen Saarbevölkerung. Lebhafter Beifall lohnte die eineinhalbstündigen, interessanten und lehrreichen Ausführungen. Der Schriftführer sprach Herrn Dr. Kill noch besonders den Dank der Versammlung aus und machte anschließend einige geschäftliche Mitteilungen, u. a. gab er Kenntnis von der Einladung der heimattreuen Ost- und Westpreußen und Oberschlesier zum Filmabend „Deutscher Osten". — Die Ortsgruppe Düsseldorf plant, in nächster Zeit einen großen Saar-Werbeabend zu veranstalten, um alle hiesigen Saarländer zum Endkampf um die deutsche Saar im Bund der Saarvereine zusammenzufassen. — Dem offiziellen Teil des Abends folgte gemütliches Beisammensein bei Musik und angeregter Unterhaltung; für Darbietung heiterer Saar-Geschichten und Schwänke erntete Herr Wisplinghoff reichen Beifall der Versammlung.

Der Saarverein Herne und Umgebung hielt am Sonntag, den 26. April, im Franziskaner eine Versammlung ab, in der vor Eintritt in die Tagesordnung der 1. Vorsitzende des verstorbenen Mitgliedes, Frau Meyer in Wanne-Eickel, gedachte. Das Andenken der Verstorbenen ehrte die Versammlung durch Erheben von den Sitzen. Es wurde beschlossen, am Himmelfahrtstage einen Ausflug nach dem Hertener Busch zu machen. Sodann hielt der Vorsitzende Paulus einen Vortrag unter dem Motto: „Mahnung an alle". Er führte folgendes aus: In den letzten Wochen gaben verschiedene Ereignisse Anlaß, die deutsche Oeffentlichkeit daran zu erinnern, daß es noch immer eine ungelöste, eine offene Saarfrage gibt. Am 20. März feierte die oberschlesische Bevölkerung und mit ihr die über das ganze Reich verstreuten Oberschlesier den vor 10 Jahren errungenen Abstimmungssieg. Bei der Abstimmungsfeier in Beuthen erinnerte mit Recht der Saarbrücker Herr Oberbürgermeister Dr. Neikes an das gleiche Schicksal, das dem Saargebiet droht. Er gab mit fester Gewißheit der Hoffnung Ausdruck, daß bei der Abstimmung über das Saargebiet 99 Prozent für den Anschluß an Deutschland stimmen werden. Sichert uns ein solches Abstimmungsergebnis aber die restlose Rückgliederung des Saargebietes? Man gehe nicht leichtgläubig über diese Frage hinweg und beruhige sich nicht mit der Ueberzeugung, daß solche Völkerbundsentscheidungen wie vor 10 Jahren nicht möglich wären. Gelegentlich der Düsseldorfer Tagung des Rheinischen Provinziallandtages erinnerte der Oberpräsident Dr. Fuchs daran, daß das vergangene Jahr die endgültige Räumung des Rheinlandes brachte, aber das Schicksal des Saarlandes immer noch unentschieden geblieben sei. Er sprach dabei die Worte aus, daß das ganze Vaterland das schwere Ringen der Saarländer um ihr Deutschtum verfolge. Steht wirklich das ganze Volk hinter diesem Freiheits- und Deutschtumskampf des Saargebietes? Jeder Deutsche muß sich überlegen, daß es sich um 800 000 Menschen handelt, die an ihrem Deutschtum hängen und dafür kämpfen. Und weil es so ist, und weil das Saargebiet als letztes Abstimmungsgebiet sich heute im Abwehrkampfe befindet, deshalb müssen wir die ernste Mahnung an das ganze Volk richten und die Forderung erheben: Das Saargebiet ist in Gefahr, weil Frankreich Recht und Wahrheit mit Füßen tritt. Aber nicht nur im Herzen und auf den Lippen muß der Wille zur Mitarbeit vorhanden sein, jeder einzelne muß sich zu Opfern bereit erklären. Wir wollen und dürfen kein zweites Oberschlesien an der Saar dulden. Das Saargebiet ist unbestritten deutsches Land und muß es bleiben. Es wird es bleiben, wenn Deutschland den festen Willen zur Tat hat. Im Anschluß an den Vortrag sprach ein Landsmann noch über die separatistischen Bestrebungen der Schmarotzer, die aus dem Ruhrgebiet nach Lothringen geflüchtet sind und von Metz aus ihr unsauberes Wesen gegen das Saargebiet treiben. (Herner-Zeitung.)

* **Die Ortsgruppe Köln a. Rh.** hat in ihrer letzten Vorstandssitzung einstimmig beschlossen, in Würdigung der großen finanziellen Sorgen, mit welchen die Geschäftsstelle „Saar-Verein" wegen der Aufbringung der Mittel für ihre allgemein als notwendig anerkannte Aufklärungsarbeit zu kämpfen hat, für das laufende Jahr 1931 einen Betrag von 50 RM. als Jahresbeitrag zu erstatten. Dieser Beschluß ist recht erfreulich und dürfte ganz gewiß den anderen Ortsgruppen zur Nachahmung schon deshalb empfohlen werden, weil immer wieder, ganz besonders aber in der heutigen Zeit, der mißlichen Finanzlage wegen darauf hingewiesen werden muß, daß die Gründung der Ortsgruppen und die Schaffung der ganzen Organisation in erster Linie den Zweck verfolgt hat, die für die zentrale Aufklärungsstelle, die Geschäftsstelle „Saar-Verein" erforderlichen Geldmittel mit aufbringen zu helfen. Das ist heute ein Gebot der Stunde, da infolge des wirtschaftlichen Niederganges der Geschäftsstelle „Saar-Verein" bei weitem nicht mehr die Zuwendungen von privaten Stellen zuteil werden, die ihr bisher zugeflossen sind. Deshalb ergeht der Aufruf an alle Ortsgruppen, die Jahresbeiträge noch nicht abgeführt haben, daß es neben ihrer sonstigen Tätigkeit mit eine ihrer Hauptaufgaben sein muß, auch sich für die Aufbringung der erforderlichen Geldmittel mit allen Kräften einzusetzen.

* **Der Saar- und Pfalz-Verein in Leipzig** hielt am 15. April im Thüringer Hof die diesmonatliche Zusammenkunft der Saarländer und Pfälzer ab, die sehr stark besucht war. Außer 3 Pfälzern als Gäste, die sich dann noch als Mitglieder eintragen ließen, konnte der 1. Vorsitzende, H. Sester, die Gattin des 1. Schriftwartes, eine geborene Neunkirchenerin, erstmalig begrüßen. Nicht mit Rosen, Tulpen und Nelken — denn diese welken sehr bald, sondern mit einem kerndeutschen Männerhandschlag und dem heimatlichen Gruße Glückauf hieß er die Landsmännin willkommen. Im Anschluß daran überreichte H. Sester dem neuvermählten Paare eine Bergmannslampe mit Aschenschale und einer entsprechenden Widmung, geliefert

von der Geschäftsstelle „Saarverein", Berlin. Die Lampe, das Symbol des Bergmannsstandes, so betonte H. Sester in seiner Begleitansprache, soll immer, und besonders dann, wenn bei einem gemütlichen Zusammensein die Asche einer guten Zigarre in die Aschenschale abgestreift wird, beide Landsleute an unsere herrlich schöne Heimat, das Saargebiet, erinnern, das schöne alte Ottweiler und die schöne Gebirgsstadt Neunkirchen. Im Anschluß daran dankte H. Schneider dem Verein und besonders dem 1. Vorsitzenden, dem er einen kräftigen Schluck weihte, ganz besonders für das sinnige Geschenk, und froh bewegt zog er nach Schluß des Zusammenseins mit seiner Lampe unter dem Arm und seiner reizenden Gattin seinem sonnigen neuen Heim zu. Das sinnige Geschenk mit seiner Widmung wurde von allen Anwesenden als besonders schön und gerade als Geschenkartikel besonders geeignet bezeichnet. Auf einem Schreibtische oder einem Rauchtische nimmt es sich geradezu herrlich aus.

* **Die Ortsgruppe Magdeburg** hielt am 16. April im Vereinslokal Tucherbräu die diesjährige Generalversammlung ab. Aus dem Geschäftsbericht sei hervorgehoben: Der Verein zählte zu Beginn des Geschäftsjahres 66 Mitglieder, nämlich: 45 aus Magdeburg, 10 aus Schönebeck und Bad Salzelmen, 5 aus Olvenstedt und 6 sonstige auswärtige Mitglieder. Die Mitgliederzahl des Vereins ist heute: 46 aus Magdeburg, 11 auswärtige, zusammen 57 Mitglieder. Der Rückgang ist jedoch nur ein scheinbarer. Der Zusammenhalt mit Schönebeck hat sich auf die Dauer der Zeit, ebenso wie mit Olvenstedt nicht aufrecht erhalten lassen. Die aus diesen Orten geführten Mitglieder sind zum größten Teil schon seit Jahren nicht mehr zu den Versammlungen gekommen und haben keine Beiträge gezahlt. Der Verein hat daher beschlossen, sie zu streichen, so daß er nunmehr noch 11 auswärtige Mitglieder, unter diesen auch Mitglieder aus Schönebeck und Bad Salzelmen umfaßt. Abgesehen vom Sommer wurde, wie alljährlich monatlich eine Mitgliederversammlung veranstaltet, in der regelmäßig ein Bericht über die Lage im Saargebiet erstattet wurde. Am 7. Oktober 1930 hielt Herr Major a. D. Klingholz einen Vortrag mit Lichtbildern über das Thema: „Wie sieht es in einer Mühle aus." Am 13. November 1930 veranstaltete der Verein einen Heimatabend mit Vortrag von Dialektdichtungen in Mundarten des Saargebietes und der Pfalz. Am 1. Juli 1930 nahm der Verein geschlossen an der Befreiungsfeier der Rheinlande teil und hielt am 17. Januar 1931 sein alljährliches Winterfest in Gestalt einer Reichsgründungsfeier ab. Dem Verein ist es gelungen, wohl sämtliche in Magdeburg ansässigen Saarländer als Mitglieder zu gewinnen. Die Mitgliederzahl aus Personen, die nicht nähere Beziehung zum Saargebiet haben, ist nur gering. Bei der großen Zahl der in Magdeburg ansässigen Vereine und der gedrückten wirtschaftlichen Lage, ist es schwer, andere Personen zu Mitgliedern zu gewinnen. Dagegen ist der Zusammenhalt unter den Mitgliedern aus dem Saargebiet ein sehr enger, so daß die Zukunft des Vereins gesichert ist. Die Geschäfts- und Kassenberichte wurden genehmigt und dem Vorstand Entlastung erteilt. Die Neuwahl des Vorstandes ergab Wiederwahl sämtlicher Vorstandsmitglieder.

* **Die Ortsgruppe Münster** i. Westf. hielt am 11. April in ihrem Vereinslokal Mathäerbäu, Roggenmarkt, einen „Bunten Versammlungsabend" ab, unter dem Motto „Deutsch die Saar, immerdar!" An Stelle des im Saargebiet weilenden 1. Vorsitzenden, Herrn Studienrat Dr. Reinhard, begrüßte Landsmann Daub die erschienenen Gäste und Mitglieder. Die Tagesordnung betrug 10 Punkte, die schnell durchgesprochen waren. Es erhob sich kein Widerspruch, so daß der offizielle Teil um 10 Uhr geschlossen werden konnte. Im zweiten Teile des Abends sorgte die Hauskapelle für Unterhaltung. Gedichte und Lieder sich abwechselnd brachte uns bald unsere heimatliche gemütliche Stimmung.

* **Die Vereinigung saardeutscher Studierender an den Hochschulen zu Bonn** führte im verflossenen Wintersemester 1930/31 unter dem Vorsitz des Herrn Fritz Braun ein vielgestaltetes Semesterprogramm durch. Eine Reihe Vorträge belebte die Veranstaltungen sehr und regte zu lebhafter Unterhaltung an. So sprach Dr. K. Obenauer über die geologische Vergangenheit des Saargebietes, Priv.-Doz. Dr. Witzinger über die Psychologie des Elsässers, Frl. Anni Römer über Sitten und Gebräuche an der Saar. Auch nach außen war die Vereinigung nicht untätig und kann mit Genugtuung auf die große Saar-Veranstaltung zurückblicken, die unter dem Motto: „Abend bei den Saarländern" sich im vollbesetzten großen Saal des Studentenhauses ungewollt zu einer machtvollen Kundgebung für das deutsche Saarland gestaltete. Die landsmannschaftliche Geselligkeit hielt stets die Besucher der Abende längere Zeit beisammen, und so kam es, daß auch Gäste oft und gern bei den „Bonner Saarländern" weilten. Zu Beginn des Semesters wurde die Vereinigung korporatives Mitglied des Bundes der Saarvereine, was zu einem regen Verkehr mit der Bonner Ortsgruppe führte. Die guten Beziehungen zu der Vereinigung Auslanddeutscher Studierender, zu den vereinigten Landsmannschaften von Eupen und Malmedy und zu der akademischen Ortsgruppe des V. D. A. wurden weiter gepflegt und ausgebaut. Zu verschiedenen offiziellen Veranstaltungen der Universität war die Vereinigung eingeladen und vertreten. Schließlich sei erwähnt, daß von außenstehenden Verbänden Saarländer zu Vorträgen herangezogen wurden, um auch allüberall für das deutsche Saarland zu werben und so den obersten Grundsatz zu erfüllen, den sich die Vereinigung als erstrebenswertes Ziel gesteckt hat.

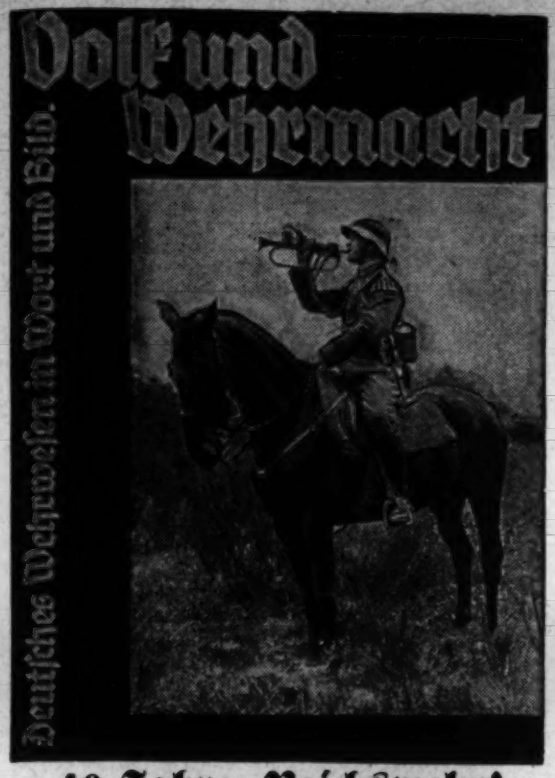
Geschäftliche Mitteilungen

* **Ostseebad Binz auf Rügen.** Eingebettet in prächtige Laub- und Nadelwaldungen, umkränzt von schönen, welligen, windschützenden Höhenzügen und einem ausgedehnten idyllischen Süßwasser-See, liegt Binz, Rügens elegantestes, universalstes und meistbesuchtes Bad, am südwestlichen Ufer der weitgeöffneten Prorer Wiek. Breiter, feinsandiger Strand mit steinfreiem, vortrefflichen Badegrund, gepflegte Plätze und Promenaden, breite Straßen mit weißen Villen und Hotels, ein schloßartiges, stilvolles Kurhaus, ein 600 Meter weit ins Meer ragender Seesteg mit windgeschütztem Brückenkopf-Restaurant, — das sind einige Vorzüge dieser Eilandstätte, die noch ihre Ergänzung und Doppelnatur durch die unmittelbare Umgebung des Bades erfahren. Ausgedehnte gute Reit- und Spazierwege durch Misch- und Buchenwälder führen in beschauliche Stille, zu heidnischen Kultstätten auf den verschwiegenen Pfaden der Prora und der Granitz, zur lauschigen Waldhalle, an anheimelnden Dörfern vorüber oder zum Jagdschloß der Fürstin zu Putbus, das angefüllt mit Kunstgegenständen und Sammlungen seltenster Art ist und vom Turm einen herrlichen Rundblick auf die ganze Insel gewährt. Neben dem mondänen Leben, dem allabendlichen, farbengesättigten Korso, dem bunten Treiben am Strande, den Sport-, Konzert- und Theaterveranstaltungen, den mannigfachsten Reunions und Festlichkeiten, finden wir im alten Dorf Binz Zurückgezogenheit, billigste Unterkunft, aber die gleiche Sonne und den gleichen Strand, die gleichen Ausflugsmöglichkeiten und den gleichen Meereszauber. Doch nicht nur dem Zerstreuung, Entspannung, Abwechslung Suchenden bietet Binz alle erdenklichen Gelegenheiten; einzigartige ozonreiche Luft, ein Heil- und Warmbad mit Inhalatorium, Radiumbehandlung, orthopädische, medico-mechanische und elektro-physikalische Heilanstalten und neuerdings auch der Ausschank von in- und ausländischer Brunnen in einem Pavillon im Kurpark, vermögen dem Kranken Gesundung zu vermitteln. Angenehme Verkehrsverbindungen zu Wasser und zu Lande, besonders vielfältiges Programm anläßlich des „Ostseejahres 1931", an dem Binz hervorragend beteiligt ist, Abbau der Kurtaxe und Steigerung der Leistungen gegenüber den Gästen, werden den bewährten Ruf des Luftkurortes und Seebades Binz weiter festigen.

Briefkasten

J. K. in P. 1,50 M. für F. B. in P. E. W. in N. 1,55 M. J. L. in S. 1,50 M. H T. in N. 5,— M J. K. in P. 3,— M. für Steiger Sch. in P. und Assistent G. L. in P. Rbk. N. H. in S. 3,30 M. F. D. in S. 3,— M. F. K. in W. 6,— M. K. G. in S. 4,— M. E. D. in S. 4,— M. P. Sch. in G. 5,40 M. Markscheider H. in W. 6,— M. J. K. in P. für E. W in P. 1,50 M. Steiger Z. in W. 4,— M. L. Z. in S. 3,— M. Frau J. F. in S. für A. H. in S. 8,20 M. P. K. in P. für Th. H. in P. 1,50 M. E. W. in D. 3,— M. J. Sch. in P. 1,50 M. Oberwachtmeister G. in P. 4.50 M. J. K. in P. 3,— M. Pol.-Mstr. P. B. in P. 1,50 M. Müller P. in P. 1,50 M. Obersteiger Sch. in P. 1,50 M. P. Sch. in G. 5,40 M. Mit herlichstem Dank erhalten.

Erscheint zunächst monatlich zweimal: am 1. und 15. mit der vierseitigen illustrierten Monatsbeilage „Saar-Heimatbilder". Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungsliste S 266) erbeten. In Sonderfällen erfolgt Zusendung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein E. V. Berlin SW 11, Stresemannstraße 42. Fernsprech-Anschluß: Amt Bergmann 3243. — Bezugspreis monatlich 50 Goldpfennig. — Alle Zahlungen auf Postscheckkonto Berlin NW 7, Nr 66586 oder auf Deutsche Bank, Depositenkasse O. Berlin SW 47, Belle-Alliance-Platz 15, in beiden Fällen für Konto „Geschäftsstelle Saar-Verein E. V." mit dem Vermerk „Saar-Freund" erbeten. — Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Richard Posselt, Berlin-Wilmersdorf. — Verlag: Geschäftsstelle „Saar-Verein E. V.", Berlin SW 11, Stresemannstraße 42. — Druck: Deutscher Schriftenverlag, Berlin SW 11.



Volk und Wehrmacht

Deutsches Wehrwesen in Wort und Bild. — Herausgegeben von Freunden des Vaterlandes — Geleitwort des Herrn Reichswehrministers Dr. Groener 64 Seiten mit 111 Bildern in Kupfertiefdruck. Preis 75 Pf. zuzügl. 15 Pf. Porto.

Aus Anlaß des 10jährigen Bestehens der Reichswehr verweisen wir auf vorstehende Neuerscheinung. Das geschmackvoll kartonierte Büchlein schildert nach einer treffenden Würdigung der Verdienste des alten Heeres alles Wissenswerte über unsere jetzige Wehrmacht, Landheer und Marine, Standorte, Gliederung und Aufbau. Jede Waffengattung ist vertreten. Kasernendienst und Manöver, Berufsausbildung, Leibesübungen, Verhältnis zur Bevölkerung usw. werden trefflich wiedergegeben. Es ist das Buch jedes alten Soldaten und jedes Freundes der Wehrmacht, das durch die Erwachsenen in die Hände der Jugend gelegt werden sollte.

10 Jahre Reichswehr!

Bestellg. nimmt die Geschäftsstelle „Saarverein", Berlin SW 11, Stresemannstr. 42 entgegen.

Jeder Deutsche muß Mitglied des „Bundes der Saar-Vereine" sein!

Anmeldungen bei der

Geschäftsstelle „Saar-Verein",
Berlin SW 11, Stresemannstraße 42

als Einzelmitglieder oder bei den überaus zahlreichen Ortsgruppen in 90 Städten des Deutschen Reiches -

---

„Deutsch die Saar immerdar."

Helft die deutsche Saar befreien!

28 ganzseitige
50 halbseitige

Bilder aus dem Saargebiet

150 Seiten stark

RM. 1.50

Bestellungen nur bei der Geschäftsstelle „Saar-Verein"
Berlin SW 11, Stresemannstraße 42

Jeder muß die Druckschrift lesen!

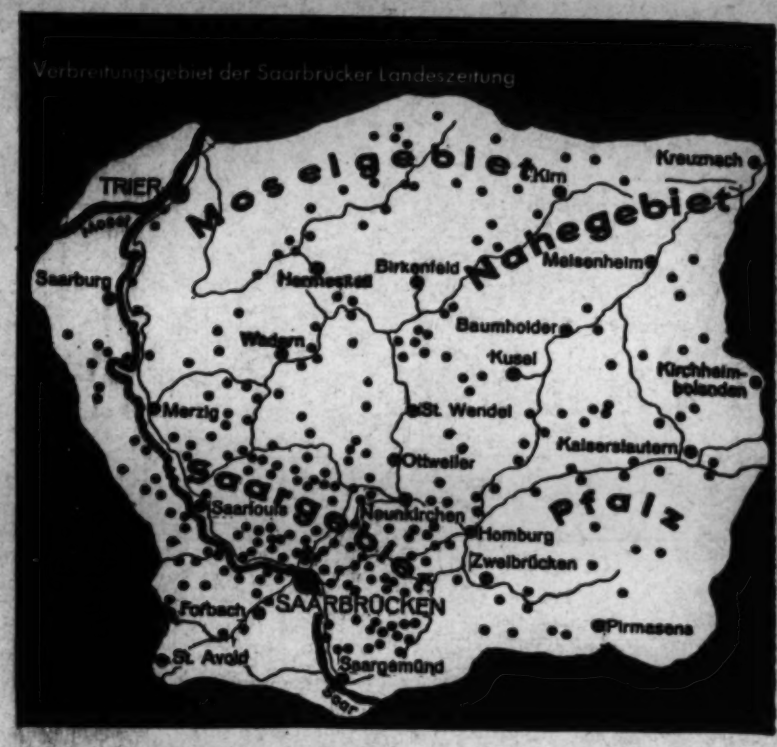
Jeder Deutsche muß Mitglied des „Bundes der Saar-Vereine" sein!

Anmeldungen bei der
Geschäftsstelle
„Saar-Verein", Berlin SW 11
Stresemannstraße 42

als Einzelmitglieder oder bei den überaus zahlreichen Ortsgruppen in 90 Städten des Deutschen Reiches — —

Nach deutschen Erzeugnissen verlangt das Saargebiet

800 000 Menschen — davon 75% Katholiken — wohnen in diesem hochwichtigen Industriegebiet, daher



Ein voller Erfolg in Ihrer Werbung **nur durch die**

Saarbrücker Landes-Zeitung

Das führende Organ der größten politischen Partei des Saargebietes
Auflage ca. 45000

Berliner Theater

Neues Theater am Zoo. Steinpl. 6554.
Täglich 8¼ Uhr:
Voruntersuchung v. Alsberg u. Hesse.
Preise 1—8 Mk.

Scala, Lutherstr. 22/24, B 5 Barbarossa 9256. 8½ Uhr: **Internationales Varieté.**

Film

Kamera. Unter den Linden.
Täglich ab 3 Uhr:
„Kalabaka"
Die Geheimnisse des unbekannten Europa

Der Saarländer-Stammtisch in Berlin

findet nur noch **allmonatlich einmal, und zwar jeden zweiten Mittwoch im Monat im Restaurant „Zum Heidelberger", Friedrichstraße 143/49** (Parlamentzimmer) statt. Die nächste Zusammenkunft ist am **Mittwoch, den 13. Mai 1931, abends 8¼ Uhr.** Alle Mitglieder der Ortsgruppe Berlin, Freunde unserer Organisation und Saarländer, die sich vorübergehend in Berlin aufhalten, sind herzlichst eingeladen.

Saar-Zeitung

Das Blatt des Kreises Saarlouis.
Gegründet 1872

Dillinger Tageblatt
für Dillingen u. Umgebung